

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengebühren Poststelle oder deren Raum 150 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 159.

Montag, den 11. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Der deutsch-amerikanische Friede.

Die Resolution Porter-Knox.

Washington, 9. Juli.

Die vom Senat und Repräsentantenhaus gefasste Entschließung vom 1. Juli betreffend Herstellung des Friedens mit Deutschland und Oesterreich, die am 2. Juli vom Präsidenten Harding genehmigt wurde, lautet in ihren wesentlichsten Teilen:

Gemeinsame Entschließung, wodurch die Kriegszustand zwischen der Kaiserlich deutschen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie zwischen der Kaiserlich-königlichen österreichisch-ungarischen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika beendet wird:

1. daß der Kriegszustand, der zwischen der Kaiserlich deutschen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika durch eine am 6. April 1917 bestätigte gemeinsame Entschließung des Kongresses als bestehend erklärt wurde, für beendet erklärt wird.

2. daß mit dieser Erklärung und als Teil von ihr ausdrücklich vorbehalten werden für die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Staatsangehörigen alle jene Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Schadloshaltungen oder Gewinne, zugleich mit dem Recht ihrer zuzugewährenden Beitreibung, worauf die Union oder ihre Angehörigen Anspruch erhielten auf Grund des am 11. November 1918 unterzeichneten Waffenstillstandes oder auf Grund irgend einer Ausdehnung oder Abänderung desselben, oder die erworben wurden oder sich im Besitz der Vereinigten Staaten von Amerika befinden, kraft ihrer Teilnahme am Kriege oder worauf ihre Staatsangehörigen seitdem einen rechtmäßigen Anspruch erworben oder die nach dem Vertrage von Versailles zugunsten der Staaten oder deren Angehörigen festgesetzt wurden, oder worauf die Staaten Anspruch haben als eine der Alliierten und assoziierten Hauptmächte, oder worauf sie Anspruch haben kraft irgendeiner Entschließung oder von Entschädigungen des Kongresses oder auf anderem Wege.

Punkte 3 und 4 besagen bezüglich Oesterreich-Ungarns dasselbe wie Punkt 1 und 2 bezüglich Deutschlands.

5. Alles Eigentum der Kaiserlich deutschen Regierung oder ihres Nachfolgers oder ihrer Nachfolger und aller deutschen Staatsangehörigen, das am 6. April 1917 oder nachher im Besitze und unter Kontrolle der Vereinigten Staaten war oder Gegenstand der Forderung der Vereinigten Staaten oder eines ihrer Beamten, Vertreter oder irgend einer Vertretung bildete, soll durch das Schlichtamt der Vereinigten Staaten zurückbehalten werden. Keine Verfügung soll darüber getroffen werden, ausgenommen soweit vorher oder nachher eine gesetzliche Vorschrift darüber bestimmt hätte, bis zu dem Zeitpunkt, wo die Kaiserlich deutsche Regierung oder deren Nachfolger eine zureichende Vorsorge für die Befriedigung aller Ansprüche gegen die genannten Regierungen oder ... (hier folgt eine im Telegramm unverständliche weil verkürzte Stelle) Verluste, Schaden oder Nachteile für ihre Person oder ihr Eigentum, direkt oder indirekt, sei es als Eigentümer von Anteilen an deutschen, österreichisch-ungarischen, amerikanischen oder anderen Körperschaften oder infolge Feindseligkeiten oder irgendwelcher Kriegshandlungen oder auf andere Weise erlitten, ebenso allen Personen, die Angehörige der Vereinigten Staaten sind, das Recht der meistbegünstigten Nationen gewährt, gleichgültig, ob es sich um staatsbürgerliche Rechte oder Angelegenheiten bezüglich Aufenthalt, Geschäft, Beruf, Handel, Schifffahrt oder industrielle Eigentumsrechte handelt und bis die Kaiserlich deutsche Regierung oder deren Nachfolger alle von den Vereinigten Staaten während des Krieges ausgesprochenen Geldstrafen, Verfallsurteile oder sonstige Strafen oder Beschlagnahmen anerkannt haben werden, sei es bezüglich Eigentums der Kaiserlich deutschen Regierung oder deutscher Staatsangehöriger und auf alle Geldansprüche gegen die Vereinigten Staaten verzichtet haben werden.

6. Keine der hier mitgeteilten Bestimmungen darf als Aufhebung, Abänderung oder Verbesserung der Bestimmungen der gemeinsamen Resolution vom 8. März betrachtet werden, lautend, daß gewisse Kongressakte, gemeinsame Schritte oder Proklamationen beschlossen werden sollen, wie wenn der Krieg beendet wäre, die gegenwärtige außerordentliche Lage aufgehört hätte oder die Bestimmungen über die Passkontrolle, enthalten in der Akte vom 2. März betitelt Bestimmungen für den diplomatischen und konsularischen Dienst in dem am 30. Juni 1922 abschließenden Steuerjahre, noch darf eine der hier mitgeteilten Bestimmungen als Aufhebung der militärischen Verhältnisse einer Person ausgelegt werden, die sich jetzt auf Fahnenflucht vor dem militärischen oder Flottendienst der Vereinigten Staaten befindet, noch als Beendigung der Möglichkeit gerichtlicher Verfolgung und Bestrafung, wie sie durch Selective Service, Gesetz vom 18. Mai 1917, vorgeesehen ist, für solche Personen, die es unterließen, den Bestimmungen des angeführten Ge-

setzes oder dazu gehöriger Abänderungen entsprechend sich zu verhalten.

Die Bestimmungen der Punkte 5 und 6 gelten auch für Oesterreich-Ungarn.

Also es bleibt bei der vollen Auswirkung aller Kriegsmassnahmen auch gegen die eigenen Bürger, wie J. B. Debs, und bei der Zulässigkeit der Verfolgung von Deserteuren, wie Bergdoll.

Paris, 9. Juli. „New York Herald“ teilt mit, in amtlichen Kreisen in Paris sei man von dem Friedensvertragsentwurf Hughes' befriedigt; nur die Streichung der auf die Grenzen Deutschlands bezüglichen Teile des Versailler Vertrages werde mißlieblich aufgenommen. Auch Harding sei dem Hughes'schen Entwurf wohlgesonnen. Er wolle ihn jedoch dem Senat nicht vorlegen, bevor er sich der Zustimmung der verschiedenen republikanischen Gruppen vergewissert habe.

Frieden für Irland.

London, 9. Juli.

Nach einer amtlichen Neutermeldung wurde vereinbart, daß die Feindseligkeiten in Irland am Montag eingestellt werden sollen.

London, 9. Juli. (Neuter.)

Amtlich wird aus Dublin mitgeteilt, daß De Valera, der sich entschlossen hat, die Einladung Lloyd Georges zu einer in London stattfindenden Konferenz anzunehmen, seine Anhänger angewiesen hat, alle Angriffe auf Streitkräfte der Krone und Zivilpersonen sowie militärische Unternehmungen jeder Art einzustellen. In der Absicht, an der Schaffung einer Atmosphäre mitzuwirken, in der eine friedliche Auseinandersetzung möglich ist, hat die Regierung die Einstellung aller polizeilicher Streifzüge und Hausdurchsuchungen sowie weiterer Truppenbewegungen nach Irland angeordnet. Diese Anordnungen treten am 11. Juli in Kraft.

Eine Proklamation de Valeras.

London, 11. Juli. De Valera hat in einer Proklamation seine Parteigenossen angewiesen, alle Angriffe auf britische Regierungstruppen und Bürger sowie jede militärische Organisation überhaupt einzustellen. Auch die englische Regierung hat Polizeistreifen und Hausdurchsuchungen verboten. Die englischen Truppen in Irland werden vorläufig nicht verstärkt werden. Alle diese Anordnungen treten am 11. Juli mittags in Kraft.

Friedensjubiläum in Irland.

London, 11. Juli. Die Beschlüsse der Dubliner Konferenz haben in Süd-Irland eine enthusiastische Freude hervorgerufen. Man hofft, daß der Friede für die Zukunft überhaupt beschlossen ist. In seiner Proklamation teilt de Valera seinen übertriebenen Optimismus, sondern sagt, daß die bisherige Geschichte Irlands es nicht gestatte, bei den Verhandlungen ein unangebrachtes Vertrauen zu hegen, aber die Vertreter Irlands würden bei den Verhandlungen ihr Bestes tun, um den Streit durch einen direkten Frieden zu beenden.

Eine scharfe Note Sowjetrußlands an Polen.

W. Warschau, 11. Juli. Am 8. Juli traf in Warschau eine am 4. Juli von Tschitscherin an den Minister des Neußern, Wirmunt, gerichtete Note ein. Die Sowjetrußische Note behauptet, daß von dem russischen Volkskomitee in Warschau, dem der bekannte Sawinkow angehört, in größtem Umfange unter aktiver Teilnahme und Unterstützung des polnischen Generalstabes konterrevolutionäre Anschläge gegen Sowjetrußland vorbereitet worden seien. Die Note erhebt folgende Forderungen: Sofortige Ausweisung Sawinkows und seines Mitarbeiters aus Polen, Ausweisung Pobjuras aus ukrainischen, weißrussischen und tschakischen konterrevolutionären Organisationen, die offizielle Auflösung und Internierung aller gegen Sowjetrußland geschaffenen Armeen und Unterabteilungen, Aufstellung einer vollständigen Liste sämtlicher außer den bereits angeführten noch nachzuweisenden konterrevolutionären Verschwörungen. Ferner zur Überwachung und Kontrolle der verlangten Internierung fordert die Note die Bildung einer gemischten polnisch-russischen Kommission unter Teilnahme sowjet-ukrainischer und sowjet-weißrussischer Vertreter. Zum Schluß fordert die Note, daß unter Kontrolle und Leitung der Kommission die Bestrafung derjenigen polnischen Beamten und Staatsbürger erfolgt, die sich der Unterstützung der genannten konterrevolutionären Untertriebe schuldig gemacht haben.

Geschäfte in der Landwirtschaft.

S. A. Berlin, 8. Juli.

„Die Bearbeitung von Grund und Boden ist ein konventionales Gewerbe und die Handelskreise können wir in der Landwirtschaft nicht gebrauchen.“ So sprach der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Kaufhold im preussischen Landtag am 1. Juli 1921. Am 2. Juli wurde im Reichstag der Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft beraten. In diesem Etat waren als Nachtrag nochmals 1 044 000 000 Mark zum Zwecke der Maisverbilligung angefordert. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Schmidt-Röpenick, gab die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten diesen Posten ablehnen, weil sie die Mißstände, die sich bei der Leistung des Staatszuschusses zur Maisverbilligung herausgestellt haben, beseitigen wollen.

Mit der Abgabe von verbilligtem Auslandsmais sollte der Viehbestand, besonders die Schweinezucht, gehoben werden. Wer 70 vom Hundert der Mindestablieferungsschuldigkeit an Brotgetreide erfüllt hatte, bekam für jeden Zentner, den er darüber hinaus anlieferete, verbilligten Mais geliefert. In Form von Bezugsscheinen wurde dies Geschäft geregelt. Deputatbezieher erhielten für die volle Menge, die sie an Deputatgetreide abliefern, Mais geliefert. Der Marktpreis des Maises war im April/Mai 1921 29.10 Mk. pro Tonne. Der Preis des verbilligten Maises betrug 12.00 Mk. pro Tonne. Der Staat deckte die Differenz, und es ergab sich daraus die neue Forderung von über 1 Milliarde Mark.

Die Viehzucht, besonders Schweinezucht, wird hauptsächlich von den Bauern und auch den Landarbeitern betrieben. Nun hat sich in der Praxis herausgestellt, daß es der Großgrundbesitzer verstanden hat, große Mengen von Mais zu beziehen, mit denen er Handelsgeschäfte gemacht hat. Es hat sich ferner dabei herausgestellt, daß ein Teil der Landwirte, besonders die Kreise, die dem Reichslandbund, früher Bund der Landwirte, nahesteht, nun, als sie Maisgeschäfte machen konnten, bedeutend mehr Brotgetreide abgeliefert haben, als ihnen ursprünglich an Lieferungslohn aufgelegt wurde.

Aus dem reichhaltigen Material, das uns über diese Dinge zur Verfügung steht, wollen wir nur einige Beispiele anführen.

Im Kreise Saahig (Provinz Pommern) war für 21 Gutshöfe ein Lieferungslohn von 3561 Doppelzentnern Brotgetreide festgelegt. Es wurden aber abgeliefert 14 300 Doppelzentner. Dafür haben diese Gutshöfe 8254 Doppelzentner Mais erhalten. Im Verhältnis zum Lieferungslohn haben sie 7891 Doppelzentner mehr erhalten. Wenn man die tatsächliche Ablieferung zugrunde legt und annimmt, daß auch in diesem Falle nur Mais geliefert wird für über 70 Prozent der Ablieferung an Brotgetreide, dann haben diese Gutshöfe immer noch 4670 Doppelzentner mehr erhalten.

Im Kreise Neustettin ergeben sich bei 29 Gutshöfen folgende Zahlen: Das Ablieferungslohn betrug 8254 Doppelzentner Brotgetreide. Tatsächlich abgeliefert wurden 12 150 Doppelzentner. An Mais wurde diesen Gutshöfen daraufhin geliefert 6834 Doppelzentner. Auch diese Gutshöfe haben erheblich mehr Mais erhalten, als sie überhaupt berechtigt waren. Aus dem Kreise Neustettin wollen wir einen bekannten Herrn herausgreifen. Es ist dies der „Königliche Landrat“ von Herzberg-Lottin. Dieser Landwirt hatte ein Ablieferungslohn von 1242 Doppelzentnern Brotgetreide, hat aber tatsächlich abgeliefert 2038 Doppelzentner. An Mais hat er bezogen 1693 Doppelzentner. Nach dem Lieferlohn berechnet hat er 1320 Doppelzentner zuziel erhalten. Berechnet man nach der tatsächlichen Ablieferung, so hat er auch noch 1082 Doppelzentner Mais zuziel erhalten. Im Kreise Saahig ist auch der bekannte v. Wangenheim-Kl.-Spiegel darunter, der ebenfalls mehr Mais bezogen hat, als er berechtigt war.

Wohl hat die Reichsgetreidestelle Anweisungen hinausgegeben, daß bei der Maisverteilung gerecht verfahren werden soll. Die Großgrundbesitzer, die ja über gute Verbindungen verfügen, haben es verstanden, sich recht viel Mais zu beschaffen, die Kleinbauern und Landarbeiter sind in der Regel leer ausgegangen und konnten zusehen, wie es ihnen möglich war, ihren Viehstand durchzuhalten.

Die Bezugsscheine für Mais sind an der Börse mit einem Aufgeld von durchschnittlich 80 Mk. pro Doppelzentner gehandelt worden. Um ein Beispiel zu nennen, hat nach den uns zugegangenen Mitteilungen v. Herzberg-Lottin insgesamt, da obige Zahlen nur Teillieferungen darstellen, 4723 Doppelzentner Mais resp. Bezugsscheine erhalten. Nehmen wir an, daß diese Bezugsscheine auf die bequeme Art bei der Börse gehandelt wurden, dann hat dieser „Königliche Landrat“ 378 000 Mk. dabei verdient. Der Mais ließ sich aber vortrefflich beim Spiritusbrennen verwenden und das Spiritusbrennen erfolgt bekanntlich hauptsächlich beim Großgrundbesitz. Diese Angaben dürften genügen, um zu zeigen, daß man in dem konservativen Gewerbe der Landwirtschaft, auch zu „handeln“ und zu „verdienen“ versteht.

Der Abg. Schmidt-Röpenick sagte mit Recht im Reichstage: diese agrarischen Kreise sind wahrlich dazu berufen, von der jüdisch-sozialistischen Wirtschaft und vom Schieber-tum zu sprechen.

Vor kurzem hieß es auf Versammlungen des Pommer- schen Landbundes: „Wenn die Steuerbelastung kommt, dann werden wir den Herren in Berlin sagen, daß wir ihnen die Lebensmittel vorenthalten, bis sie sich bestimmen. Deutscht sind wir und wollen wir bleiben bis zum letzten Atemzuge.“ Dann folgt das übliche Geschimpfe auf die Juden, die Deutschland an den Rand des Abgrundes bringen, und dann, daß die Landwirtschaft, dieses staatserkaltende Gewerbe, bei der Belastung mit Steuern unbedingt gespart werden mußte.

Die Regierung kann an diesen wenigen Beispielen sehen, wie wohlgenährte Maßnahmen, die im Interesse des Bauern- standes gedacht waren, mißbraucht werden, so daß der Groß- grundbesitz recht große Gewinne macht. Bei der Steuer- erhebung auch diese Gewinnkreise fest zu erfassen, ist Aufgabe der Regierung. Den Bauern wie der breiten Masse der Landbevölkerung überhaupt sei aber gesagt, daß die Groß- grundbesitzer es vortrefflich verstanden haben, sie mit zu be- nutzen, um gegen die Regierung wegen mangelnder Mais- belieferung zu protestieren, während uns die vorgenannten Beispiele, die nicht vereinzelt dastehen, beweisen, daß die Führer des Reichslandbundes es vortrefflich verstanden, den Mais an sich heranzuziehen, um damit gute Geschäfte zu machen.

Der Reichskanzler in Schlesien.

Breslau, 8. Juli.

Beim heutigen Empfang schlesischer Parteiführer und Presse- vertreter durch den Reichskanzler, der in den Räumen des Ober- präsidiums stattfand, wurden die schwelenden politischen, wirt- schaftlichen und sozialen Fragen eingehend erörtert. Daneben nahm der Reichskanzler die Gelegenheit wahr, mit zahlreichem Einzelabordnungen, insbesondere Vertreter der Flüchtlings- fürsorge, der Gewerkschaften, der Beamten- und Angestellten- organisationen und anderen Vertretungen die Wünsche und Klä- gen der Bevölkerung und insbesondere der vertriebenen Deutschen aus Oberschlesien zu besprechen. In den Verhandlungen betonte der Reichskanzler den festen Willen der Reichsregierung, zur Ein- berung der Not der obereschlesischen Bevölkerung mit allen ver- fügbaren Mitteln beizutragen. Die Besprechung von Einzel- fragen wird im Laufe des morgigen Tages mit dem preussischen Minister des Innern, Dominicus, fortgesetzt werden.

Am Nachmittag hatte der Reichskanzler dem Kardinal Fürstbischof Dr. Vertram einen Besuch ab. Den Abschluß bildete eine öffentliche Versammlung in der Jahrhunderthalle.

In seiner Rede in der Jahrhunderthalle führte der Reichs- kanzler u. a. aus:

Wenn ich von dem einheitlichen Willen Deutschlands spreche, für das Schicksal Oberschlesiens tätig zu sein, so müssen Sie, sehr geehrte Volksgenossen, sich darüber klar sein, daß das Deutsch- land vor heute nicht in der Welt hinter sein Recht auch die Kraft zu setzen vermag, wie einst in den alten Tagen. (Zuruf: Leider!) Gewiß! Lesen Sie die Eingangsworte der deutschen Reichsver- fassung: Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen, vom Willen befeuert, das Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu er- neuern, hat sich diese Verfassung gegeben! Einst der Bund der Fürsten, heute der entschlossene Wille der deutschen Stämme, ihr Reich auf der neuen Grundlage der

sozialen und politischen Freiheit,

des demokratischen Lebens, in Freiheit und Gerechtigkeit zu er- neuern. (Lebh. Bravorufe!) Der Reichskanzler sprach dann über die Sanftionen; er sei überzeugt, daß diese Wunde am Rhein sich bald schließen müsse. Eine noch schmerzlichere Wunde aber sei Oberschlesien, das nach dem Recht der freien Selbstbestimmung ungeteilt bei Deutschland bleiben muß. Das Schicksal Ober- schlesiens ist das Schicksal Deutschlands. Das Ergebnis der Ab- klärung, das überwältigend für Deutschland lautete, kann nicht aus der Welt geschafft werden, solange der Gedanke der Freiheit in Schlesien lebt, und er wird immer leben. Die F. R. ist der treuhänder Obereschlesiens und die Geschichte wird einst fragen, ob sie diese Pflicht erfüllt habe. Wir rufen den Alltäglichen zu:

Gerechtigkeit auch für ein besiegtes Volk!

Oberschlesien, das deutsche Vaterland hofft auf euch und bietet euch die Hände!

Die Ansprache mit den Parteien.

In den Besprechungen, die der Kanzler mit den Vertretern der politischen Organisationen ganz Schlesiens hatte, wurde von deutschnationaler Seite eine Erklärung abgegeben, daß die ver- antwortlichen Stellen der Deutschnationalen Volkspartei Mittel- schlesiens den Gedanken einer Ausnützung der Auflösung des Selbstschutzes zu Fußstapfen weit von sich wiesen. Von sozial- demokratischer Seite wurde in der Ansprache betont, daß die Verordnung des Reichskanzlers über die Auflösung der Selbst- schutzorganisationen auf die schlesische Frage bisher keine An- wendung finde, weil diese der preussischen Ausführungsverord- nung durch Austritt aus der Organisation überhört zu entgegen, erfolgreich bestrebt sei. Der Kanzler erklärte, daß diese Frage durch den preussischen Innenminister genau nachgeprüft werde und auf keinen Fall eine Umgehung des Sinnes der Verord- nung möglich sein werde. Auf der anderen Seite hat er, die Be- fürchtungen nicht zu überstreifen, die von sozialdemokratischer Seite auch dadurch unterstützt wurden, daß auf die Stärke der sozia- listischen Arbeiterkraft in Mittelschlesien hingewiesen wurde, die eine ernsthafte Erschütterung der Republik nicht dulden würde.

Die obereschlesischen Parteien bezeichneten einmütig als ihren Vertrauensmann, der wahrscheinlich jetzt auch die Leitung des Ausschusses der deutschen Parteien und Gewerkschaften in Rato- witz übernehmen soll, den Landrat Lufschel, den früheren Leiter der deutschen Propaganda.

Dr. Witzke sprach hat in Schlesien der Reichsregierung großes Vertrauen erworben; dieses ist allerdings daran gebunden, daß man hier der festen Hoffnung ist, Deutgen und Rattowitz auf keinen Fall zu verlieren.

Der belgische Etat.

Brüssel, 11. Juli. Der belgische Etat für 1921 enthält 2217 Millionen Franken Einnahmen, davon gewöhnliche Steuern 1152 Millionen, außerordentliche Steuern 252 Mil- lionen, insbesondere 75 Millionen Kriegsgewinnsteuern und 125 Millionen aus außerordentlichen Gewinnen nach dem Kriege. Der Ertrag der Kriegsrente wird auf 20 Millionen Franken geschätzt und der Ertrag von dem Verkauf der deutschen Schiffe auf 32 Millionen. Der Betrag, der von Deutschland für die Unkosten der belgischen Besatzungstruppen zurückgezahlt werden muß, ist auf 90 Millionen Franken veranschlagt und die Einnahmen aus den von Deutschland zu zahlenden Ent- schädigungssummen auf 652 Millionen Franken.

Der „Nieuwe Courant“, eines der führenden bürgerlichen holländischen Blätter, läßt sich von seinem Korrespondenten aus Berlin über den Streit um schwarz-weiß-rot oder schwarz-rot-gold berichten. Die Äußerungen des holländi- schen Blattes gewinnen wegen ihres Inhaltes große Bedeutung, wird in ihnen doch betont, daß es sich hier durchaus nicht um eine schiffahrtstechnische Frage handele. Die Sozialisten seien diesmal vollkommen im Recht, wenn sie behaupteten, daß die deutschen Schiffe mit der republikanischen Flagge als Boten eines neuen Deutschlands erscheinen. Als solche würden sie sicherlich herzlich empfangen werden, als wenn sie unter der Flagge des Kaiserreiches führen.

Eine amerikanische Stimme zum Reichsschulgesetzentwurf.

Bei den Auseinandersetzungen über den Entwurf eines Ge- setzes zur Ausführung des Art. 146/2 der R.-V. ist außerordentlich beherzige Wert, was der ferndeutsche und streng lutherische Georg von Boffe, Pastor der St. Pauluskirche in Philadelphia, in seinem Buche „Ein Kampf um Glauben und Volkstum“ der deut- schen Volksschule und dem deutschen Volke vorhält, wenn er darin ausführt:

„Das nationale Heiligum und der Stolz unseres Landes ist die Public School. Sie baut sich auf dem echt demokratischen Grundsatz auf, daß alle Menschen Anspruch auf gleiche Behand- lung haben. In der Public School sieht das Kind des Reiches neben dem des Armen, das Kind des Arztes und Geistlichen neben dem des Arbeiters und des Freidenkers, das Kind des Sozialisten neben dem des Korporationsanwaltes, das Kind deutscher Eltern neben dem englischer oder schwedischer oder russischer usw. Eltern, das Kind christlicher Eltern neben dem jüdischer, das Kind von einem Gliede der Methodisten-, Presbyterianer- oder Episkopal- kirche neben dem von einem Gliede der katholischen oder lutheri- schen Kirche. Und sie alle erhalten dieselbe Erziehung, alle werden in derselben Sprache gelehrt, sie alle zu möglichst tüchtigen, ähnlich denkenden, gleichführenden Bürgern der Union herange- zogen. Kurz gesagt, die öffentliche Schule sucht ihr Ziel darin, aus dem Kinde volle und ganze Amerikaner zu machen, Ameri- kaner mit ausgeprägtem Nationalbewußtsein. Darum wird den Kindern wieder und immer wieder eingepriegt: Kein Land schöner als Amerika, kein Volk größer als das amerikanische, kein Staat aufgebaut auf freierem und besseren Grundsätzen als eben der amerikanische. Es schließt diese Erziehungsmethode ohne Frage etwas Großes in sich, denn es ist etwas Großes, aus einer Masse, wie man sie sich zusammengewürfelter nicht denken kann, ein Einheitliches zu schaffen. Es hat da Amerika durch seine Public School etwas erreicht, was bisher noch keinem Lande der Erde selbst unter günstigeren Verhältnissen auch nur im entferntesten gelungen wäre. Gerade den Schulen Deutschlands müßte man etwas von dieser großen, alles beherzenden und alles durch- dringenden Methode wünschen, dann würde man sich nicht mehr so viel über Sonderinteressen und über Mangel an National- und Selbstbewußtsein des Deutschen zu beklagen haben.“

Einig gegen die Reaktion!

Aus Kassel wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Da die Heke der Reaktion gegen unseren Genossen Scheide- mann als Oberbürgermeister von Kassel Formen angenommen hat, aus denen klar ersichtlich ist, daß es sich hier um das Bestreben handelt, alle bürgerlichen Parteien Kassels zu einem gemeinamen Sturmangriff gegen die sozialdemokratische Stadtverordneten- mehrheit bei den nächsten Wahlen zusammenzuschweißen, haben der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kassels, der Vorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes Kassels, der Vorstand der S. P. D. und der Vorstand der U. S. P. D. gemeinsam zu dieser reaktionären Heke Stellung genommen. Sie veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in welcher sie aus- führen, es handle sich in Kassel um einen systematischen Kampf des vereinigten Bürgerturns gegen den gewerkschaftlich und politisch sozialistisch organisierten Teil der Bevölkerung sowie um einen Kampf gegen die Republik. Deshalb erjuchten sie den Ge- nossen Scheidemann, die weitere Beantwortung des Kampfes den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien zu über- lassen. Sie sprechen ihm als Oberbürgermeister volles Vertrauen aus und sagen dann:

„Wir erwarten, daß Genosse Scheidemann seine Bestrebun- gen zur Einigung des gewerkschaftlich und politisch organisier- ten Teils der werktätigen Bevölkerung trotz der durchsichtigen hinterhältigen Heke der bürgerlichen Parteien unbeeinträchtigt fort- setzt.“

Schon heute läßt sich sagen, daß die Wirkung der Treibereien gegen Scheidemann die sein wird, daß bei den nächsten Kasseler Stadtverordnetenwahlen die beiden sozialdemokratischen Parteien in geschlossener Front der Reaktion gegenüberzutreten werden.

Paul Müller geht!

V. Wie uns aus Hamburg gedröhrt wird, hätte der Vor- stand unserer dortigen Parteiorganisation an Paul Müller wegen seiner Rede gegen die Handelsflagge ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm mitteilte, daß gegen ihn das Ausschlußver- fahren aus der Partei eingeleitet worden sei. Im Schreiben wird dieser Schritt damit begründet, daß sich Paul Müller durch die Beschimpfung der Farben der Republik und durch Artikel in seinem „Mitteilungsblatt“ des Aktionsausschusses seemännischer Berufsverbände einer parteigenössigen Ehrlosigkeit schuldig ge- macht habe. Müller wurde aufgefordert, sich zu dem Ausschluß- antrag zu äußern oder in einer Parteivorstandssitzung seine Hand- lungsweise zu verteidigen. Darauf hat Müller an die Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der Partei er- klärt. Er schreibt dazu:

„Ich kann und will einer Partei nicht angehören, die das Recht der freien Meinungs- und Willensäußerung nicht respek- tiert. Nachdem ich festgestellt habe, daß diese „demokratische“ Partei mit ihren führenden Kreisen und mit ihrer Presse drauf und drar ist, nicht nur das freie Wort zu unterdrücken, sondern auch den Geist zu töten, würde ich es als Heuchelei betrachten, wenn ich dieser Partei noch ferner angehören würde.“

Die sinnlosen Verleumdungen zu widerlegen, mit denen Müller seinen schweren Disziplinbruch zu entschuldigen sucht, lohnt nicht der Mühe. Unsere Genossen werden in weitesten Kreisen außerordentlich erfreut sein, diesen Mann, dessen antirepublikani- sches Treiben schon längst eine schwere Schädigung für das An- sehen der Sozialdemokratie bedeutete, nicht mehr zu den Ihren zählen zu müssen.

München, 8. Juli. („Vorwärts“) Die Absicht der bayeri- schen Regierung, politische Justiz im Sinne ihrer Auffassung zu üben, tritt neuerdings zutage in der Behandlung der Mord- und Meineidsaffäre des ehemaligen Landeshauptmannes der bayeri- schen Einwohnerwehr Kasper. Der Justizminister hatte bei der Geredebehalte im Landtag erklärt, er sähe sich veranlaßt, die Unternehmung des Falles der Durchführung einer Privatbelei- digungsklage zu überlassen. Er tat dies, wie jetzt durch den Be- klagten festgestellt wird, in Kenntnis davon, daß das Gericht überhaupt noch keinen Termin in der Beleidigungsklage angesetzt hatte und zu jener Zeit vom Kläger ein Zeugenapparat von 50 Personen aufgeboden worden war. Obwohl die Privatbelei- digungsklage bei diesem Termin ruhen mußte, wurde weder der Hauptbeklagte noch einer der Zeugen staatsanwaltlich vernom- men. Es wurden aber dem Privatbeklagten „zur Abschreckung“ die Vorwurfskosten der Zeugenvernehmung aufgegeben.

Die Schmach von Leipzig.

Im neuesten Heft der „Stoße“ schreibt Hermann Wen- del den Nationalisten und Mittelständlichen u. a. folgende treffende Worte ins Stammbuch: „Die moralische Katastrophe für dieses System bedeuteten in Leipzig die Sachverständigen. Hohe Mit- teltärs mit breiten roten Hofentwürfen, Generale, auch in der Re- publik noch in Amt und Würden, traten vor, hatten nichts aus- zusetzen, lobten die Angeklagten als mustergültige Soldaten und bedauerten anscheinend nur, daß sie keine Orden ausstellen konn- ten. Gefragt, ob Schläge ein erlaubtes Mittel gegen Gefangene seien, erwiderte der General v. Franckey gleichmütig, das sei Anständigkeitsache. In der Tat, alles, was Menschenachtung und Menschewürde anging, war für dieses eiskalte und furchtbare, dieses preussische System fast jeder Anständigkeitsache, und nur die Ge- walt als Mittel zu jedem Ziel galt ihm als oberster, unverrück- licher Glaubenssatz. Im Frieden der Staat, und wenn die Waffen sprachen, der Krieg — dem hatte sich alles, aber auch alles unterzuordnen. Dieses System lehnte im Handbuch des deutschen Generalstabs für den Kriegesgebrauch, daß humanitäre Rücksichten, Schonung von Menschen und Gütern nur in Frage kommen dürf- ten; „soweit die Natur und der Zweck des Krieges es erlauben“; dieses System verkündete durch Hindenburgs Mund, daß die grau- samste eigentlich die humanste Kriegsführung sei, weil sie den Krieg abkürze; dieses System steckte in Belgien Dörfer in Brand und vollzog Massenmord an Unschuldigen; dieses System hat die nichtswürdige Verschönerung der belgischen Bevölkerung, die Schaffung der Somme-Wüste, die Zerstörung der nordfran- zösischen Bergwerke, die Torpedierung der „Lusitania“, die Dul- dung der Armeniermechelen auf seinem Gewissen und bläst sich trotz allem noch heute dreist und gottesfürchtig wie am ersten Tag.

Was Scharnhorst, unter den Heerführern Preußens einer der größten, weil vielleicht der menschlichste. Anno 1794 entnom- menen Freunde schrieb: „Die militärische Ehre und, ich fürchte, der Geist der deutschen Nation wird durch diesen Krieg schwer verwundet“, kann als Leitpruch über dem hundertzwanzigsten Jahre später beginnenden Weltkrieg stehen. Daß das, was man militärische Ehre heißt, durch die in Leipzig dargebotenen Körperproben deut- scher Kriegsführung beschmutzt wird, hat selbst der Senatspräsident des Reichsgerichts zugegeben, der gewiß kein grundsätzlicher Hasser des wilhelmischen Deutschland ist. Aber auch der Geist der deut- schen Nation scheint durch den Krieg so schwer verwundet, daß viele unter dem Einfluß der nationalstatischen Hege in den An- geklagten und Verurteilten von Leipzig wirklich nationale Mär- tyrer sehen. Mögen sie ihnen Lorbeerkränze aufstülpen und Bild- säulen errichten! Es wird doch der Tag der Vernunft und Ein- sicht kommen, wo sich vielleicht auch der rohbädigte Ostelbier der furchtbaren sittlichen Verwirrung dieser überhöhten Zeiten nur mit Scham erinnert.

Für die vorwärtsstrebenden wirklichen Volksmassen in Deutschland aber ist es längst keine Anständigkeitsache mehr, daß das in Leipzig zum wiederholten Male bloßgestellte System bis auf den letzten Stein abgetragen und daß auch dieser letzte Stein noch zu Staub zermalmt werden muß.“

Achter Kriegsverbrecher- Prozeß.

Schal und Krusta freigesprochen.

Bei Beginn der Sitzung teilt der Präsident mit, daß die Ver- handlung nicht in der geplanten Weise fortgeführt werden kann, da die französischen Zeugen auf direkte Anweisung der französischen Regierung abgereist sind, so daß nur die deutschen Zeugen ver- nommen werden können.

Es wird in der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Kaufbeamter Oskar Hartmann aus Meiningen war Garni- sonverwaltungsinspektor-Stellvertreter im Lager Niederzwehren. Er schildert den Bau und die Einrichtungen des Lagers. Der Zeuge berichtet weiter über das ständige Anwachsen der Gefangenenzahl und die Ankunft der Russen, die meist die Krätze hatten. Die Ver- pflegung der Gefangenen war ausreichend. Am 24. Dezember war der Zeuge nicht im Lager und hat deshalb die Ansprache des Generals Krusta nicht gehört. Es sei aber ausgeschlossen, daß Krusta gesagt haben könne, er führe den Krieg nicht mit Kanonen, sondern mit Krankheiten, denn an die Seuche sei damals noch gar nicht zu denken gewesen.

Oberleutnant a. D. Hermann Henrici-Kassel, damals Kom- mandeur des 1. Gefangenen-Bataillons, hatte das Bestattungs- weien unter sich. Er bekundet, daß die Bestattungen stets in Sär- gen erfolgten, die mit den Namen der Toten versehen waren.

Stabsarzt a. D. Dr. Schulz aus Stadt-Im: Die Russen wurden entlastet und mit Salbe behandelt. Zunächst wurden die Russen isoliert gehalten. Ende Oktober kam der Befehl des Kriegsministeriums, die Gefangenen zu mischen. Er, der Zeuge, habe dagegen Bedenken gehabt und sie auch zur Sprache gebracht. Anfangs 1915 zeigten sich E r t r a n k u n g e n e i g e n t l i c h e r Art, die aber noch nicht als Malaria erkannt werden konnten. Von den deutschen Ärzten erkrankten 90 Proz. und 25 Proz. sind gestorben; von den französischen Ärzten sind nur 2 gestorben, also höchstens 4 Proz. Daraus kann gefolgert werden, daß die deut- schen Ärzte ihre Pflicht voll erfüllt haben. Die französischen Ge- fangenen wollten sich lieber durch deutsche Ärzte behandeln lassen.

Geh. Rat Prof. Gärtner bemerkt, daß die Russen nicht genügend entlastet in das Lager kamen, könne niemand ein Wort mehr treffen, da auf dem sogenannten Umschlagplatz in Hammer- stein die Möglichkeit förgfältiger Entlastung damals nicht bestand. Direktor Raumann; der Dolmetscher im Lager war, bezeugt den gestern vernommenen französischen Zeugen Rouillon als eine krankhaft veranlagte Persönlichkeit, die übertrieben habe. Manche gebildeten französischen Gefangenen hätten allen Ernstes geglaubt

daß die Deutschen eine Tymphe erstanden hätten, mit der sie den Gefangenen deutsche Gefinnung einimpfen wollten.

Universitätsprofessor Dr. Klonska-Jena, der das Lager ebenfalls beaufsichtigt hat, befindet, daß bei seinem ersten Besuche die Erkrankten noch keine Veranlassung zu der Annahme gaben, daß es sich um Flecktyphus handle.

Generalarzt A. Dr. Benzler-Hannover erklärt, daß zu Beginn des Krieges das Fleckfieber den deutschen Ärzten aus eigener Erfahrung nicht bekannt war, und daß die Krankheit für Influenza gehalten wurde. Nachdem die Krankheit richtig erkannt war, wurden die Erkrankten sofort dementsprechend behandelt.

Geheimer Medizinrat Prof. Dr. Damsch-Göttingen vertritt sich über die sanitären Einrichtungen des Lagers sowie über die Bekämpfung der Krankheit. Nach seiner Überzeugung hat Kruska durchaus im Einklang mit den Wünschen der Ärzte gehandelt und alles getan, um den Gesundheitszustand der Gefangenen auf der Höhe zu halten.

Der Oberreichsanwalt beantragt hierauf die Verlesung der protokolliert vorliegenden eidlischen Aussagen der abgereisten französischen Zeugen. Verteidiger und Angeeschuldigte stimmen diesem Antrage zu.

Der Gerichtshof beschließt die Verlesung der erwähnten Zeugenaussagen, die hierauf erfolgt. Sodann ergreift der Oberreichsanwalt das Wort und führt u. a. aus: Wo wirklich beglaubigte Anschuldigungen erhoben worden sind, ist Anklage auch erhoben worden. Einem nichtschuldigem Verbrechens würden wir uns schuldig machen, wenn wir anders handelten. Niemals aber sind so unbillige Anschuldigungen ohne triftigen Grund erhoben worden als gegen die heutigen Angeeschuldigten. Diese Anschuldigungen hätten wenigstens durch erweisliche Tatsachen gestützt werden müssen. So töricht kann niemand gewesen sein, absichtlich einen Zustand herbeizuführen, der den Tod zahlreicher Gefangener zur Folge gehabt hätte. Nicht der angebliche Mangel der Latrinen, sondern die Käufe waren die Entstehung der Krankheit. Die Nahrung soll mangelhaft und ekelhaft gewesen sein. Daß bei solcher Massenpeinigung einmal kleine Unheiten vorzukommen können, ist selbstverständlich. Eine unerschämte Lüge ist es zu behaupten, daß erst durch die ausländischen Ärzte die Seuche gemindert worden sei. General Kruska soll gesagt haben, er führe den Krieg auf seine Art, die Franzosen seien mühsige Esel, die Gefangenen sollten beten. Kruska ist ein durchaus religiöser Mann, seine Neuerung über das Beten war durchaus ehrlich gemeint. Sie ist aber in gemeinster Weise verdreht worden. Ein solches Maß von Rohheit und blindem Haß gehört dazu, aus den Worten: „Ich führe den Krieg auf meine Art“ zu folgern, Kruska habe gemeint, er wolle den Krieg mit Hilfe von Krankheiten führen. Wie allgemein bekannt worden ist, hat sich Kruska geradezu für die Gefangenen aufgeopfert.

General v. Schack hat bereits am 21. Januar seine Funktionen niedergelegt, er steht also mit dem Ausbruch des Fiebers in keinerlei Beziehung.

Der Oberreichsanwalt beantragt zum Schluß die Freisprechung der beiden Angeeschuldigten.

Der Verteidiger des Generals von Schack, Rechtsanwalt Scuffert, führt aus, daß unter diesen Umständen der Verteidigung keine Aufgabe mehr zu lösen übrigbleibe. Es sei zu bedauern, daß die französische Regierung diese ungeheuerlichen und unerwiesenen Anschuldigungen hier zur Verhandlung gebracht hat.

Der Verteidiger des Generals Kruska, Rechtsanwalt Dr. Rüttele-Göttingen, charakterisiert die Aussagen des Krankhaft veranlaßten Dozents Roulon und des Renegaten Paschall in schärfster Weise und weist nach, daß ihre Aussagen durch eine Reihe glaubwürdiger Zeugen widerlegt seien. Charakteristisch sei, daß ein französischer Zeuge vor seinem Richter das Schimpfwort „Boche“ gebraucht habe, und daß der Richter antwortend für angezogen zu halten, dies zu rügen, es sogar ins Protokoll aufgenommen habe.

Die beiden Angeeschuldigten beschränken sich auf kurze Erklärungen.

General Kruska saate, er könne nach dieser Verhandlung nunmehr die französischen Anschuldigungen ruhig ertragen.

Nach halbstündiger Beratung verkündet der Präsident gegen 4 Uhr nachmittags das Urteil. Es lautet auf Freisprechung. Die Kosten einschließlich der notwendigen Auslagen der Angeeschuldigten werden der Staatskasse auferlegt.

In der Urteilsbegründung heißt es: Der Gerichtshof ist der Überzeugung, daß die Anschuldigungen, die in der Auslieferungsliste der französischen Regierung gegen die beiden Generale erhoben wurden, nach dem Ergebnis der Verhandlung völlig in sich zusammengebrochen sind. Von vornherein erscheint die Annahme einer solchen Täuschung als völlig ausgeschlossen; lediglich die Möglichkeit einer fahrlässigen Handlungsmasse blieb bestehen; aber auch insoweit hat die Verhandlung die völlige Grundlosigkeit der Anschuldigungen ergeben. Der Gerichtshof schließt sich völlig dem an, was der Oberreichsanwalt über das Ergebnis der Verhandlung in dieser Richtung ausgeführt hat.

Der Gerichtshof kommt zu dem Ergebnis, daß die beiden Herren, die von der französischen Regierung als die schlimmsten Verbrecher der Geschichte, als Barbaren gekennzeichnet worden sind, nur pflichterfüllte, treue deutsche Soldaten waren, die dem Reich nach besten Kräften gedient haben.

Auch die Belgier abberufen.

Brüssel, 9. Juli.

Die belgische Regierung hat der französischen auf Antrage wegen der Urteile im Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozeß geantwortet, daß sie sich mit dem französischen Vorschlag einverstanden erkläre, die Mission sofort aus Leipzig abzuberufen. In der nächsten Sitzung des Obersten Rats soll über die Haltung der Alliierten zu den Urteilen in den Leipziger Prozessen Beschluß gefaßt werden.

Briand über die Leipziger Urteile.

Paris, 9. Juli. Blättermeldungen zufolge erklärte Briand, daß Frankreich die Urteile des Leipziger Reichsgerichts nicht anerkenne. Die von der französischen Regierung vorbereitete zweite Liste der in Leipzig abzurteilenden deutschen Kriegsverbrecher wird nachläufig der deutschen Regierung nicht ausgehändigt, da die französische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Verhandlungen gegen die Kriegsbeschuldigten nicht weiterhin durch deutsche Richter fortgeführt werden dürfen.

Die Pariser Presse zur Rückberufung.

Paris, 9. Juli. Der Berichterstatter des „Nouveaux Matin“ meldet: Hier findet die Zurückberufung der französischen Kommission aus Leipzig allgemeine Zustimmung. Die Regierung scheint über die weitere Entwicklung der Dinge noch keinen Beschluß gefaßt zu haben. Verschiedene Blätter fordern, daß Frankreich zum Verfall der Weimarer Verträge und die Auslieferung der Kriegsschuldigen durchführe. „Rappel“ schlägt deshalb vor, nochmals die Auslieferung des Kaisers als des Hauptschuldigen zu fordern. „Victoire“ dagegen hat die Verurteilung des Kaisers bereits gefordert und will auch die Verurteilung der anderen Kriegsbeschuldigten beiseite stellen, um alle Kräfte für den Wiederaufbau und die Abrüstung einsetzen zu können, sonst helfe man den deutschen Nationalisten und schwäche die Stellung des Kanzlers Wirth. Ein Pariser Blatt fordert die Verhängung der Sanktionen.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Von Luise Schroeder.

Zum dritten Male seit der Umwälzung des Deutschen Reiches beschäftigte sich knapp vor den Reichstagsferien die Reichsregierung mit den Problemen der Mutterschaftsfürsorge.

Im August 1919 kam auf Anregung der Sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge zur Verabschiedung, durch das jährlich rund einer Million vierhundertfünfundachtzig Frauen eine kleine Hilfe in ihrer schwersten Lebenszeit zuzufliessen. Im vorigen Jahre wurden einige kleine Verbesserungen hierzu beschlossen. Und nun hatte die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages vor sechs Monaten abermals die Initiative ergriffen, indem sie veranlaßte, daß durch einen einstimmig im Reichstage zur Annahme gelangten Antrag die Reichsregierung um sofortige Verlesung eines Gesetzentwurfes ersucht wurde, der die Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge in einer der Geldentwertung entsprechenden Weise erhöhte.

Bedenklicherweise ist dieser Gesetzentwurf so spät dem Reichsrat zugegangen, daß er von dort erst vor reichlich einer Woche dem Reichstage überwiesen werden konnte. Trotzdem hat unsere Fraktion im sozialpolitischen Ausschusse des Reichstages mit aller Energie dafür gearbeitet, daß in den Entwürfen noch eine Reihe zum Teil recht wesentlicher Verbesserungen aufgenommen wurden.

Der Regierungsentwurf sah eine Verdoppelung des Entbindungskostenbeitrages sowie des Stillgeldes und ferner eine Erhöhung der Einkommensgrenze für minderbemittelte Wöchnerinnen vor; er ließ aber das Wöchengeld sowie die Beihilfe zu Arzt- und Hebammenkosten bei Schwangerschaftsbeschwerden vollkommen unverändert. Wir haben keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß bei einer derartigen beschränkten Verbesserung der Leistungen der Zweck unseres Antrages in keiner Weise erfüllt würde, und es ist uns schließlich gelungen, auch die übrigen Parteien zu überzeugen, daß eine Verabschiedung des Gesetzes in dieser Form vollkommen unmöglich war. Selbstverständlich blieben die Einwendungen der Regierung, wonach durch eine Verdoppelung des Wöchengeldes außer den 71 1/2 Millionen jährlicher Mehrbelastung, die bereits der Regierungsentwurf dem Reiche bringt, weitere 63 Millionen Reichszuschuß bedeuten würde, ganz besonders aber der Hinweis auf die den Krankenkassen entstehenden Lasten nicht ohne Eindruck auf den Ausschuss; aber es mußte allseitig anerkannt werden, daß nur durch die beantragte Verdoppelung des Wöchengeldes wenigstens eine kleine Möglichkeit den Wöchnerinnen gegeben werden könnte, sich in den Wochen vor und nach der Entbindung gesund zu erhalten.

Schwerer zu überwinden waren die Bedenken gegen unseren Antrag auf freie ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Wir gingen hierbei von der Erkenntnis aus, daß die Beihilfe zu Arzt- und Hebammenkosten im Betrage von 25 Mk., auch wenn sie verdoppelt würde, einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet, und daß besonders schwer getroffen die Familien sind, welche den Arzt zur Entbindung hinzuziehen müssen. Gerade die Sorge vor den hohen Arztkosten ist es, die so manche Frau verhindert, rechtzeitig den Arzt holen zu lassen, und die deshalb das Leben des Kindes und die Gesundheit der Frau in hohem Maße gefährdet. Es ist deshalb als ein großer Fortschritt zu betrachten, daß die freie ärztliche Behandlung nach schwierigeren Verhandlungen aufgenommen worden ist, und es ist nur zu hoffen, daß die notwendigen Verhandlungen mit Ärzten und Krankenkassen so gefördert werden, daß auch diese Bestimmung schnellmöglichst in Kraft tritt. Bis dahin ist die bei Schwangerschaftsbeschwerden zu gewährenden Beihilfe auf 50 Mk. erhöht worden.

Ferner war es notwendig, zwei vom Reichsrat in das Gesetz hineingebrachte Verschlechterungen wieder aufzuheben, und zwar erstens die Bestimmung, daß das Wöchengeld der Versicherten nur solange gewährt werden solle, als sie nicht gegen Entgelt arbeiten, und zweitens die Begrenzung des Stillgeldes für die Versicherte auf 5 1/2 Mk. Beides wäre eine Härte gegen die erwerbstätige Frau gewesen, die in Wochen- und Stillgeld einen Ersatz für den entgehenden Arbeitsverdienst finden soll, und der, falls sie durch die Not gezwungen — zu früh ihrer Arbeit wieder nachgehen muß, die Möglichkeit einer Stärkung ihres Körpers und einer Fürsorge für ihr Kind um so notwendiger zu gewähren ist. Es ist deshalb zu begrüßen, daß auch unser diesbezüglicher Antrag Annahme gefunden hat.

Dergleichen wurde gegen einige Stimmen unser Antrag, die Einkommensgrenze für die Minderbemittelte gleichmäßig mit 10 000 Mk. festzusetzen, einerlei, ob die Betreffende verheiratet oder alleinstehend ist, angenommen.

Hervorzuheben sind auch die neuen Vorschriften für den Fall des Todes der Mutter oder des Vaters. Die Frage, was an diejenigen zu zahlen ist, die für den Unterhalt des Kindes sorgen, falls die Mutter bei oder gleich nach der Entbindung stirbt, ist dahin geklärt worden, daß sowohl Wochen- wie Stillgeld weiter zu zahlen sind. Neu aufgenommen worden ist dagegen die Bestimmung, daß die Familienwochenhilfe auch dann zu gewähren ist, falls der versicherte Ehegatte oder Vater stirbt, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

Bedenklich ist nur, daß unser Antrag, bei dieser Gelegenheit auch die Beamtinnen und Beamtinnenfrauen in den Genuß der Wochenhilfe zu versetzen, keine Mehrheit gefunden hat. Wir haben den gleichen Versuch bereits vor einem Jahre gemacht, und wir wollen nur hoffen, daß die Regierung nunmehr allerschleunigstens dem einmütigen zum Ausdruck gekommenen Willen des Ausschusses, die Gewährung der Wochenhilfe durch ein besonderes Gesetz zu regeln, nachkommen wird.

Die Unabhängigen glaubten es nicht unterlassen zu sollen, im Plenum eine Reihe von weitergehenden Anträgen einzubringen. Diese bedeuteten eine Mehrbelastung von über einer Milliarde Mark jährlich, von der mehr als die Hälfte die Krankenkassen zu tragen gehabt hätten. Sie taten das, nachdem ihre Vertreter im Ausschusse ausdrücklich ausgesprochen hatten, daß sie von weitergehenden Anträgen abzulehnen wollten, da sie sich bewußt seien, daß bei dieser Gelegenheit das ganze Problem der Mutterschaftsfürsorge nicht zu lösen sei und sie das Zustandekommen dieses Gesetzes

nicht hinauszögern wollten. Aus rein agitatorischen Gründen desavouierten sie nun ihre Ausschussvertreter und ließen im Plenum ihre Anträge von Mitgliedern ihrer Fraktion begründen, die an den vorhergehenden Beratungen überhaupt nicht teilgenommen hatten und deshalb auch in die Materie nicht eingebracht waren.

Wir konnten für diese Anträge nicht stimmen, ohne zu wissen, ob und wie es den Krankenkassen möglich sei, die Mittel aufzubringen. So sehr unser ganzes Arbeiten in dieser Angelegenheit in den letzten zwei Jahren Zeugnis abgelegt hat von unserer Erkenntnis, daß ein umfassender Wöchnerinnenschutz notwendig ist, so konnten wir als Arbeitervertreter doch nicht die Existenz der Krankenkassen in Frage stellen, die in erster Linie den Arbeitern zugute kommen. Eine wirkliche Mutterschaftsfürsorge ist nicht auf diesem Wege zu schaffen; zu dem Zweck müssen andere Mittel und Wege gesucht werden. Unsere Fraktion hat den Antrag gestellt, die Anträge der Unabhängigen dem sozialpolitischen Ausschusse des Reichstages zu überweisen, der dann im Herbst Gelegenheit haben wird, sich mit diesen, wie mit den Anträgen des Ausschusses des Reichswirtschaftsrates zu beschäftigen unter gleichzeitiger Würdigung der Beschlüsse, die in Washington von einer Kommission des Bundes in dieser Angelegenheit gefaßt worden sind.

Volkswirtschaft.

Die deutsche Valuta.

Die Zahlungskraft der Mark im Ausland hat, wenn man die Kurse an den Wochenenden miteinander vergleicht, wieder geringfügig nachgelassen, nachdem am Wochenanfang eine Besserung zu verzeichnen gewesen war. In der Berliner Börse zahlte man nach den amtlichen Notierungen in Mark für:

	am 17. 6.	24. 6.	1. 7.	4. 7.	8. 7.
100 holl. Gulden	2297.—	2370.—	2455.—	2397.60	2467.50
1 Pfd. Sterling	261.70	269.07	279.20	271.45	280.45
1 Dollar	13.55	13.74	14.92	14.72	15.42
100 französ. Fr.	669.40	673.00	660.95	673.40	660.85
100 Schweiz. Fr.	1176.—	1218.—	1258.70	1228.75	1286.70
100 österr. Kr.					
abgestempelt	13.58	13.48	11.18	12.48	11.08
100 tschech. Kr.	95.50	98.40	100.25	98.40	100.95

Die etwa seit einem Monat anhaltende Verschlechterung der deutschen Valuta wirkt bereits auf die Warenpreise zurück. Wie immer, so sind auch jetzt zuerst die Großhandelspreise in die Höhe gegangen. Aber auch der Kleinhandel hat bereits aufgeschlagen. Daß diese Bewegung nicht unerheblich ist, beweist die Tatsache, daß sogar die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung des statistischen Reichsamtes im Juni um 16 Punkte auf 896 gestiegen ist, so daß der Teuerungsrang des Monats April — nach diesem Maßstab — wieder erreicht ist. Das statistische Reichsamtsamt, das bei seiner Rechnung die Ausgaben für Kleidung überhaupt nicht berücksichtigt, hat sich bei der letzten Aufstellung die Sache noch dadurch besonders leicht gemacht, daß es für Kartoffeln nur den Preis der alten Kartoffel einsetzte, die es bekanntlich schon seit Wochen in Berlin nicht mehr gibt.

Es ist anzunehmen, daß die Teuerung noch weiter fortschreiten wird. Schon aus diesem Grunde ist die Wendung des Reichskanzlers Wirth in seiner Rede von der „Großdenkmal“ unzutreffend. Die Kaufkraft der Mark ist im Inland bereits unter einen Groschen gesunken, im Ausland hingegen gilt sie, auf Dollar gemessen, nur noch 6 Pfennige, und es ist bei der schwierigen Lage der Reichsfinanzen nicht anzunehmen, daß sie sich für lange Zeit wesentlich bessern kann. Schon darum ist es erforderlich, daß der Reichshaushalt mit Ausdehnung aller Mittel, insbesondere aber durch scharfe Heranziehung des Vermögens, ins Gleichgewicht gebracht wird. Davon sind wir aber nach den letzten Beratungen des Reichstages noch sehr weit entfernt.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 9. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.		9. Juli.	8. Juli.
Holland	100 fl.	2450.—	2477.50
Kopenhagen	100 Kr.	1265.—	1260.—
Stockholm	100 Kr.	1655.—	1647.50
Kristiania	100 Kr.	1062.50	1060.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.75	129.—
Schweiz	100 Frs.	1275.—	1270.—
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	11.50	12.—
Budapest	100 K.	28.75	28.25
Prag	100 K.	100.50	101.25
Spanien	100 Pesetas	975.—	965.—
London	1 £	262.25	261.12
Paris	100 Frs.	606.—	603.—
Belgien	100 Frs.	604.—	601.—
Italien	100 Lire	866.—	865.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	78.50	75.75
do. briell. Ausz.	od. Scheck	76.25	75.50
Bukarest	100 Lei	—	—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelaufen am 9. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage	Etz.
D.		Geindahl	Tharwson	Randers	1	
D.		Fehmarn	Schwenn	Riel	1	
D.	S.	Ernst	Schwabe	Wilhelmshaven	4	
D.		Karl	Raudsen	Friedrichshaven	2	

Angelaufen am 10. Juli 1921.

D.		Westkusten	Larsson	Gothenburg	2	
D.		Gerda	Dreyer	Emden	2	
S.		Columbus	Hohmann	Gothenburg	4	
S.		Johanna	Nobel	Wismar	1	16
D.		Helm	Rasmussen	Kopenhagen	1	
D.		Egred	Davidson	Hadersleben	1	14
D.		Gaurob	Carlson	Stockholm	2	
D.		Bredow	Fuß	Landskrona	1	
D.		Regie	Gustafson	Wismar	1	8
S.		Nordkörn	Dor Jensen	Malstow	1	
S.		Frieda	Wachtel	Subbenkopping	3	
S.		Berta	Kaat	Wismar	1	
S.		Orion	Brandt	Narhus	1	

Angelaufen am 11. Juli 1921.

S.		Delphin	Degrecht	Waldenmarstrand	14	
----	--	---------	----------	-----------------	----	--

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Literatur Heinrich Steinberg. — Druck und Verlag von Friedrich Meyer & Co., sämtliche in Lübeck

KARSTADT SAISON- AUSVERKAUF

Gardinen, Teppiche

Halbstores mit Spitzen und Ein- sätzen 95.00 88.00 65.00	45⁰⁰
Künstler-Garnituren 2 Flügel, 1 Ueberfall... 190.00 115.00 97.00	75⁰⁰
Madras-Garnituren 2 Flügel, 1 Ueberfall, 275.00 235.00 195.00	135⁰⁰
Gardinen, abgepaßt 2 Flügel.....160.00 145.00 105.00	75⁰⁰
Gardinen, Meterware doppelt breit..... 19.25 15.00 13.50 11.75	9⁷⁵
Scheiben-Gardinen weiß und creme.....11.00 9.50 8.85	6²⁵
Bettdecken mit und ohne Volant zweibettig.....225.00 175.00 145.00	115⁰⁰
Tischdecken225.00 175.00 125.00	65⁰⁰
Diwanddecken275.00 225.00 150.00	75⁰⁰
Steppdecken in vielen Farben gute Füllung..... 210.00 170.00 150.00	98⁰⁰
Bettvorleger68.00 55.00 40.00 29.00	6⁰⁰
Teppiche ohne Zellstoff Größe 160/240 275.00 Größe 130/200	165⁰⁰
Teppiche Haargarn, reine Ware Größe 200/300 690.00 Größe 160/240	475⁰⁰

Briefpapier

Kurzbriefe sehr gutes Leinen 25 Stück.....	25⁵⁰
Briefmappe „Deutsches Leinen“ 25 Bogen und 25 Umschläge.....	2⁷⁵
Briefkassette sehr gutes Leinenpapier 25 Bogen und 25 Umschläge mit Seidenfutter.....	5⁰⁰
Briefkassette „Seemöve“ gutes Ueberseepapier, 50 Bogen und 50 Umschl.	7⁵⁰



Freude

herrscht in allen Kreisen ob
unserer billigen
Ausverkaufspreise.

Auch für den Ansturm der
2. Woche sind wir gerüstet.
Ersklassige Qualitäten
zu billigsten Preisen!

Kaufen Sie vormittags.
Benutzen Sie Sammelbücher.
(An allen Kassen erhältlich.)

**Stroh-
Teppiche und
-Vorleger**

30^{0/0}

Rabatt.

**Größere
Teppiche**

in erstklassigen
Qualitäten bis

50^{0/0}

Rabatt.

Handarbeiten

Kissenstreifen gezeichnet, Loch und Richelieu, gute Qualität.....	2⁷⁵
Kissenecken gezeichnet, Loch- u. Richelieu gute Qualität.....	3⁷⁵
Taschentücher gezeichnet, Loch- und Richelieu, gute Qualität.....	2⁰⁵
Decken gezeichnet, 60/60 cm groß, Loch und Richelieu, gute Qualität.....	10⁷⁵
Decken gezeichnet, 78/78 cm groß, Loch und Richelieu.....	15⁰⁰
Kissen Loch und Richelieu	11⁵⁰
Besenvorhänge weiß mit blauen Blenden, Deltmuster.....	25⁰⁰
Ueberhandtücher weiß mit blauen Blenden, Deltmuster.....	21⁷⁵
Stickgarn weiß beste Qualität.....	1⁴⁵
Sticktwist reichl. Sort., auf Knäuel.....	2⁰⁵
Kunstseide sämtliche Schattierungen Docke.....	75⁵⁰
Krawatten-Häkelseide Knäuel.....	6⁵⁰
Bulgaren-Wolle Docke.....	1⁰⁵

Alben, Tagebücher

Poesie- und Tagebücher hübsche Ausführungen.....3.50 2.50 1.75	95⁵⁰
Postkarten-Alben für 100, 200, 400, 500 Karten.....15.00 5.00 3.75 1.75	95⁵⁰
Photographie-Alben zum Einkleben u. Einstecken.....3.75 1.25	95⁵⁰
Wandschmuck in Holz- und Glas- ausführungen.....	95⁵⁰

AUSVERKAUF SAISON- KARSTADT

Freistaat Lübeck.

Montag, 11. Juli.

Republikanische Hymne.

Vaterland, ein hohes Licht,
Freiheit glänzt von deiner Stirne,
Von der Marsch zum Alpenfirne
glühenden Herzen, wachen Hirne
und die heilige Flamme spricht:
Volk, hab' acht! Brüder wacht!
Eher soll der letzte Mann verderben,
als die Freiheit wieder sterben.

Brüder, schwört euch in die Hand:
Morgenrot um alle Berge!
Ausgetilgt der letzte Scherge!
Freies Leben, freie Sätze,
freier Sinn im freien Land!
Volk, hab' acht! Brüder wacht!
Hell die Augen, heller die Gewissen!
Sonst ist bald das edle Band zerrissen.

Deutscher Mensch, der nie verdirbt:
Eins die Stämme, eins die Auen!
Deutscher Geist in allen Gauen
Ist nach einem Ziele schauen,
daß er nicht in Kleinheit stirbt.
Volk, hab' acht! Brüder wacht!
Groß aus großem Leid uns zu erheben,
muß nach einem Reiche alles streben.

Brüder, laßt uns armverschränkt
müht in das Morgen schreiten!
Hinter uns dien schwarzen Zeiten,
vor uns helle Sonnenweiten!
Wacht, nur wer die Freiheit kränkt!
Volk, hab' acht! Brüder wacht!
Deutsche Republik wir alle schwören:
Bester Tropfen Blut soll dir gehören.

Karl Bräger.

Zustände.

Beim Bau der Herzog-Mühle in Bagreuth wurden 100 Zentner Kaffee-Ertrag zum Ausfüllen des Mühlwehrgabens und später noch als Dünger verwendet. — In Harburg lagern noch große Mengen sogenannte Kriegsnährmittel mit der Bezeichnung Kafapulver, Kartoffelmehl, Maisgrieß usw., die jetzt als Schweißpulver angepriesen werden.

In Essen bezeichnete es Reichskanzler Dr. Wirth als größte patriotische Tat seit Kriegsende, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger einen Teil ihres Lohnes durch den Steuerabzug dem Vaterlande zur Verfügung stellen.

Wer etwas nachhaltiger zu denken gewohnt ist, findet aus diesen Tatsachen das ganze Elend unserer Zeit heraus: Im Kriege war das Volk verurteilt, vorzugsweise die Knochen zu Markte zu tragen und von den Knochen, dem Abfall der Heilenden und Herrschenden, zu leben. Diese ließen Gott und die Militäristen gute Männer sein, schraubten die Preise nach Willkür in die Höhe, fabrizierten Drecksalzkornmehl und schickten es in die Hände der Hungernden, während sie in den Kellern der Weltkrieger ausgeträumt war, packten die wucherischen Patrioten ihr Blutgeld zusammen und schafften es über die Grenze. Im Lande selbst machten sich die Gewissenlosen weiter gefund, schimpften über die Steuergeisse, warfen der Republik in jedem Augenblick Hindernisse in den Weg und überließen das Steuerzahlen wie früher den Schaffenden. So kam es dahin, daß ein Angestellter, Arbeiter oder Beamter im Jahre seine anderthalbtausend und mehr

Mark Steuern bezahlt, während der Schächer und Preistreiber sich den Beutel wälzt oder der Bauer, der allein aus seinen Kartoffeläckern vielleicht 20.000 Mark herauswirtschaftete und dafür noch 3000 Mark Prämien einlachte, mit 200 Mark Jahressteuern seine Vaterlandsliebe bezeugt. Diese Sorte Deutscher lehnt sich wieder nach dem Harten Mann, der ihre Blutgängerproffite für alle Ewigkeit fixiert und dem Volke wieder den Maulkorb umhängt. Man braucht nur legendmäßig und irgendwo zufällig in diese oder jene in Speierkreise hineinzuschneiden, so wird man gleich beim dritten Satz gewahr, wo den Patienten der Schmerz drückt. Revolution, Sozialdemokrat, Scheidemann, Ebert — das sprudelt nur so aus der Kehle der edlen Herrschaften heraus. Dieselben Leute, die beim großen Zusammenbruch Wilhelm von Gottesgnaden in der ersten Ekstase mit den unflätigsten Titeln belegten, versprechen sich heute wieder von keiner Wiederkehr den Himmel auf Erden. Die Leute mit den weiten Taschen und Wessenshütern — sie beten ja nur nach, was ihnen die militärischen Götzen und schmerzlichen Unternehmer vorplappern — sie müssen jetzt wie die Kohlräuben auf die Republik, in der sie sich ebenso mästen und bereichern wie Anno dazumal. So wird uns von einem Parteigenossen ein Gespräch übermittelt, daß ein Speierkreuz vorige Woche im D-Zug Stettin-Hamburg abfuhr. Der Hergang ist etwa folgender:

In Posenwald steigt ein behäbiger Herr, Weinreisender B. aus Lübeck, in den Zug und findet im Nichtraucherabteil ein bekanntes Ehepaar. Man unterhält sich, erkundigt sich nach dem gegenseitigen Befinden. Die Dame möchte gerne eine Zigarette rauchen, und da dieses Vergnügen aus Rücksicht auf die anderen Fahrgäste unterdrückt werden muß, schießt sie mit dem Lübecker Weinreisenden einen „Geißelstempel“ aus. Sie freut sich dessen Geizigkeit und erkundigt sich, ob der Durst noch so groß bei ihm ist wie früher. Das wird bestätigt und mit dem „Beruf“ entschuldigt. Die schaffstinnige Unterhaltung wird unterbrochen mit dem göttlichen Einfall des Dritten, daß Ebert ja jetzt auch Wasser trinke. Nun kam der Hanseat aus der Breiten Straße ins Element. Er räsonnierte folgendermaßen über den Reichspräsidenten: „Der hat ja im vergangenen Jahre genug gelassen, es wird an der Zeit, daß er auch wieder Wasser läuft. Sein Salonwagen stand ja in Stettin auf dem Bahnhof. Haben Sie ihn nicht gesehen?“ Auf eine weitere Frage, wie sich denn in Lübeck die bösen Sozialisten bewegten, meinte der kleine Sozialistenfresser, daß hier ganz vernünftig seien, — denn das sehen Sie ja auch an Scheidemann. Wenn sich solche Leute erst Lakaien halten können, dann sind sie nicht besser wie alle anderen“. Man kam noch überein, daß der Sozialdemokrat Ebert als Reichspräsident bald verschwinden müsse und ging dann auf die Sachsimpelei über, da die Waise der hohen Politik abgeleiert war. So, wie hier über die Sozialdemokraten hergezogen wurde, so schätzte man auch die Rundschaft ein. Der Hanseat bezeichnete z. B. sämtliche Demminer Einwohner als Jüdinnen.

Wir haben den Ausschmitt dieser Unterredung so gebracht, wie er uns von vertrauenswürdigster Seite zugesandt wurde. Nicht, daß wir uns über das öde Gewäsch der verpöhlerten Gesellschaft aufregten, denn wo die Jagd nach dem Geld, das Geschäft, das höchsten Gehirnschmalz aufweicht, kann man unmöglich ein Körnchen Salz fischen. Aber es zeigt doch, wieviel Geistesarmut im Bürgertum vorhanden ist und wie wenig gerade dieser Kreis berechnigt ist, auf Grund seiner politischen Erkenntnis ein Wort in der großen Weltgeschehen mitzureden. Eine Anzahl dieser Elemente hat die Not nie gekannt, hat nie die abgezählte Mark vom Gewinn dem Staate gegeben, wie der Arbeiter von seinem Lohn, aber dumme und frech gebärdeten sie sich, und suchten ihre Einfalt durch böswillige Verleumdung zu verdecken. Das sind Zustände, die zum Himmel schreien.

Der Streik der Lastarbeiter

erstreckt sich nun schon in die zweite Woche und zieht immer weitere Kreise in Mitleidenschaft. In richtiger Voraussicht dieses, das Wirtschaftselends Lübecks schwer schädigenden Umstandes, veruchte der Leiter des Arbeitsamtes, Herr Rat Buschschneider, schon am 4. d. Mts., beide Parteien wieder in Fühlung zu bringen und lud sie am verflochtenen Dienstag zu einer unverbindlichen Besprechung ein. Andere Lohnkommission war hierzu sofort bereit, die Arbeitgeber lehnten aber ab und es bedurfte einer nochmaligen amtlichen Einladung des Schlichtungsausschusses, die Parteien zum Freitag, dem 8. d. Mts., zu einer Sitzung zusammen zu bringen. In dieser Sitzung, in der lang und breit über die Schuldfrage am Streik gesprochen wurde, wurde auch erreicht, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärten, mit der Lohn-

kommission zu verhandeln. Diese Verhandlung fand am Sonntagabend früh statt. Von unserer Kommission wurde alles mögliche versucht, die Arbeitgeber von der Billigkeit unserer Forderung zu überzeugen. Leider stellten sich die Arbeitgeber, wenn auch nicht auf einen direkt ablehnenden, so doch auf den Standpunkt, eine so große Forderung nicht bewilligen zu können. Die Herren wollten erst 15 Pfennige, dann 20 Pfennige pro Stunde mehr bezahlen, also 5,80 Mark Stundenlohn, sowie die früher gezahlten Teuerungszulagen. Unsere Kommission kam nach reiflicher Ueberlegung und um des lieben Friedens willen zu dem Entschluß, von der gestellten Forderung von 6,40 Mark pro Stunde abzusehen und, vorbehaltlich der Zustimmung der Kollegen, jetzt 5,80 Mark und die Teuerungszulage als äußerste Grenze zu fordern. Hierzu konnten sich die Arbeitgeber nicht entschließen. Die Verhandlung wurde abgebrochen. In der sofort tagenden Versammlung der Streikenden wurde von der Kommission Bericht erstattet und es wurde, auch, als die Arbeitgeber noch telephonisch 5 Btg. pro Stunde nachbewilligten, also jetzt 5,65 Mark pro Stunde zahlen wollten, mit großer Majorität, fast einstimmig, beschlossen, die Forderung der Lohnkommission zu akzeptieren und daran festzuhalten. Der Streik geht also weiter, hoffen wir, daß es bald zu einer befriedigenden Lösung kommt. — Gleichzeitig möchten wir nicht unterlassen, auf die in der Sonntagsnummer des Volksboten enthaltenen Berichtigung des Zentrallagerhandes der Angestellten zurückzukommen. Wir möchten hierzu bemerken, daß wir vor unseren Kollegen falsch berichtet waren, aber nach eingezogenen Informationen festgestellt haben, daß keine Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten an der Streitarbeit bei der Firmen teilgenommen haben.

Die Streikleitung.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute (Baubelegierte) der Gruppe 2. Morgen Abend wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller B.A. und B.O. (Baubelegierte) ist unbedingt erforderlich.
Der Gruppenvorstand.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet heute Montag abends 8 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht: Ein in nicht öffentlicher Sitzung zu verhandelnder Antrag des Senates.

Amliches. Der Senat hat den Kaufmann Friedrich Wilhelm Mangel zum bürgerlichen Mitgliede bei der Behörde für die Heilanstalten erwählt. — Die Mädelerschorschule wird wegen Ausbesserungsarbeiten vom 13. Juli d. Js. für den Fahrverkehr bis auf weiteres gesperrt. — Am 13., 14., 15. und 16. Juli ds. Js. von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags findet auf der Paltinger Heide ein Schaffschützenfest statt.

Verkauf von Landflächen am Elbe-Trave-Kanal. Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 20. November 1911 ist die Finanzbehörde ermächtigt worden, nach Anhörung der Industrieausschusses die am Elbe-Trave-Kanal zwischen Genin und Lauenburg gelegenen, dem Lübeckischen Staate gehörenden Landereien für den Ausbau von Industrien und der dazu gehörigen Wohnungen zu verkaufen. Nicht alle Flächen, die die Finanzbehörde hiernach verkaufen kann, eignen sich für industrielle Zwecke. Will sie die Flächen aber zu anderen Zwecken verkaufen, hat sie in jedem Falle einen Rat- und Bürgerbeschluß herbeizuführen. Sie hat daher beantragt, sie zu ermächtigen, die in dem vom Katastramt aufgestellten Verzeichnisse vom 30. Mai 1921 einzeln aufgeführten Parzellen auch zu anderen als industriellen Zwecken zu verkaufen. Der Senat hat seine Bedenken, dem Antrage zu entsprechen und stellt einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Eine weitere fliegende Barbierstube wurde bei Brüggmann, Schwartauer Allee 14 eingerichtet.

Der gestrige Sonntag stand im Zeichen der Julglut. Es scheint, daß die Wettermacher ein Heidenvergügen daran haben, uns armen Erdenbürgern den Unterschied von heiß und kalt recht drastisch zu beweisen. Besser wäre es freilich, sie würden uns einmal ein hübschen Regen verschreiben, damit die ausgetrockneten Gärten, Wälder und Felder aufgefrischt werden. Hilft die Trockenheit noch lange an, dann geht es der Hausfrau noch mehr an den Geldbeutel, da das Wachstum der Gemüse- und Gartenfrüchte stark behindert ist. Schon heute ziehen die Preise recht ungemütlich an. Aber an schönen Sommerfesttagen werden derartige Nachwirkungen außer Rechnung gesetzt. Da freut sich der Mensch das Sonntagschöpfung des bittren Lebens. Er zieht hinaus und hinterläßt die Sorgen an der Stadtmauer bis zur Wiederkehr. Zwar hat bei der lakramentischen Hitze gestern auch der Wal: keine rechte Erholung. Die Freunde einer rechten Indianerhaut dagegen wählten sich vor Vergnügen in den Sonnenbädern. Den besten Teil erwähnt

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

1. Fortsetzung

Als nun auf dem Wege der Abstimmung kein Sprecher erhältlich war, entstand ein Tumult und allgemeiner Lärm, in welchem jeder den andern zu überlegen suchte, daß er sich opfern müsse. Besonders hatten sie es auf Hediger und Frymann abgesehen und drangen auf sie ein. Die wehrten sich aber gewaltig und schoben es einer auf den andern, bis Frymann Stille gebot und sagte: „Ihr Mannen! Wir haben eine Gedankenlosigkeit begangen und müssen nun einsehen, da wir am Ende unsere Fahne lieber zu Hause lassen, und so wollen wir uns kurz dazu entschließen und ohne alles Aufsehen das Fest besuchen!“

Eine große Niederergelagelten folgte diesen Worten. „Er hat recht“, sagte Kuser, der SilberSchmied. „Es wird uns nichts anderes übrig bleiben“. Syzig, der Pflugmacher. Doch Bürgi rief: „Es geht nicht! Schon kennt man unser Vorhaben und daß die Fahne gemacht ist. Wenn wir's unterlassen, so gibt es eine Kalendergeschichte.“

„Das ist wahr“, bemerkte Crismann, der Wirt, „und die Fäpfe, unsere alten Widersacher, werden den Spaß handlich genug ausbeuten.“

Ein Schreden durchriefelte die alten Gebeine bei dieser Wortstellung, und die Gesellschaft drang aufs neue in die beiden besabtesten Mitglieder: die wehrten sich abermals und drohten am Ende sich zurückzuziehen.

„Ich bin ein schlächter Zimmermann und werde mich niemals dem Gespötte aussetzen!“ rief Frymann, wogegen Hediger einwarf: „Wie soll erst ich armer Schneider es tun? Ich würde euch alle lächerlich machen und mir selbst Schaden ohne allen Zweck. Ich schlage vor, daß einer von den Wirten angehalten werden soll, die sind noch am meisten an die Menge gewöhnt!“

Die verwahrten sich aber aufs heftigste und Wiffen schlug den Schreiner vor, der ein Spökogel sei. „Was Spökogel?“ schrie Bürgi, „ist das etwa ein Spaß, einen eidgenössischen Festpräsidenten anzudeuten vor tauglich Menschen?“ — Ein allgemeiner Schreier beantwortete diesen Ausspruch, der das Schwierige der Aufgabe aufs neue vor die Augen stellte.

Es entsann nun allmählich ein Hin- und Hineinlaufen und ein Gemurre in den Gassen. Frymann und Hediger blieben allein am Tisch sitzen und sahen finster drein, denn sie merkten, daß es ihnen am Ende doch wieder am Kraken gina. Endlich,

als alle wieder beisammen waren, trat Bürgi vor jene hin und sprach: „Ihre zwei Mannen, Chapper und Daniel! Ihr habt beide so oft zu unserer Zufriedenheit unter uns gesprochen, daß jeder von euch, wenn er nur will, recht auf eine kurze, öffentliche Anrede halten kann. Es ist der Beschluß der Gesellschaft, daß ihr unter euch das Los zieht, und damit basta! Ihr werdet euch der Mehrheit fügen zwei gegen fünf!“

Ein neuer Lärm bekräftigte diese Worte; die Angeredeten sahen sich an und fügten sich kleinnützig endlich dem Beschlusse, aber nicht ohne die Hoffnung eines jeden, daß das bittere Los dem andern zufallen werde. Es fiel auf Frymann, welcher zum ersten Male mit schwarzem Herzen die Versammlung der Freiheitsliebenden verließ, während Hediger sich anzüht die Hände rieb; so rückwärtslos macht die Selbstsucht die ältesten Freunde.

Frymanns Freunde auf das Fest war ihm nun dahingegenommen und seine Lage verduffelten sich. Jeden Augenblick dachte er an die Rede, ohne daß sich der mindeste Gedanke gestalten wollte, weil er ihn weit in der Ferne herumfuchte, anstatt das Nächste zu ergreifen und zu tun, als ob er nur bei seinen Freunden wäre. Die Worte, welche er unter diesen zu sprechen pflegte, ersöhnten ihm als Gewächs, und er grübelte nach etwas Absonderlichem und Hochtadelndem herum, nach einem politischen Manifest und zwar nicht aus Eitelkeit, sondern aus bitterem Pflichtgefühl. Endlich fing er an, ein Blatt Papier zu beschreiben, nicht ohne viel Unterbrechungen, Seufzer und Flüche. Er brachte mit laurer Miene zwei Seiten zustande, obgleich er nur wenige Zeilen hatte abfassen wollen; denn er konnte den Schluß nicht finden, und die vertrackten Phrasen hinein sich aneinander wie harzige Ketten und wollten den Schreiber nicht aus ihren nähen Wirrsal entlassen.

Das zusammengefaltete Papierchen in der Westentasche, ging er heimlich seinen Geschäften nach, stand zuweilen hinter einen Schuppen, las es wieder und schüttelte den Kopf. Zuletzt anvertraute er sich seiner Tochter und trug ihr den Entwurf vor, um die Wirkung zu beobachten. Die Rede war eine Anhäufung von Donnerworten gegen Jesuiten und Aristokraten, und dazwischen waren die Ausdrücke Freiheit, Menschenrecht, Knechtschaft und Verdummung u. dgl. reichlich geliebt, kurz es war eine bittere und geschraubte Kriegserklärung, in welcher von den Alten und ihrem Fähnlein keine Rede war, und dazu verworren und ungeschickt gegeben, während er sonst mündlich wohlgelehrt und richtig zu sprechen verstand.

Hermine sagte, die Rede sei sehr kräftig, doch scheine ihr dieselbe etwas verpölet, da die Jesuiten und Aristokraten für einmal besetzt seien, und sie glaube, eine heitere und vergnügtere Rundgebung wäre besser angebracht, da man zufrieden und glücklich sei.

Frymann stuzte etwas, und obgleich die Schärfe der Leidenschaft in ihm, als einem Alten, noch stark genug war, so lagte er doch, sich an der Nase zupfend: „Du magst recht haben, verkehrt es aber doch nicht ganz. Man muß kräftig auftreten in der Defektheit und tüchtig aufsetzen, sozuzagen wie die Theatermaler, deren Arbeit in der Nähe ein großes Geschmiter ist. Denn ich läßt sich vielleicht hier und da etwas milbern.“

„Das wird gut sein“, fuhr Hermine fort, „da so viele „also“ vorkommen. Zeig einmal! Siehst du, fast jede zweite Zeile steht einmal „also!““

„Hier steht eben der Teufel!“ rief er, nahm ihr das Papier aus der Hand und zerriss es in hundert Stücke. „Fertig!“ lagte er, „es geht nicht, ich will nicht der Narr sein!“ Doch Hermine rief ihm nun, überhaupt gar nichts zu schreiben, es darauf ankommen zu lassen und erst eine Stunde vor dem Aufzug einen Gedanken zu fassen und denselben dann frisch von der Leber weg auszusprechen, wie wenn er zu Hause wäre. „Das wird das Beste sein“, erwiderte er, „wenn's dann fehlt, so habe ich wenigstens keine falschen Ansprüche gemacht!“

Dennoch konnte er nicht umhin, den bewußten Gedanken schon jetzt fortwährend aufzuklören und anzubohren, ohne daß er sich entwickeln wollte; er ging zerstreut und sorglos herum, und Hermine beobachtete ihn mit großem Wohlgefallen.

Unversehens war die Festwoche angebrochen und in der Mitte derselben führten die Sieben in einem eigenen Omnibus mit vier Pferden vor Tagesanbruch nach Maarau. Die neue Fahne flatterte glänzend vom Bode: in der grünen Seide schimmerten die Worte: „Freundschaft in der Freiheit!“ und alle die Alten waren vergnügt und lustig, spasshaft und ernsthaft durcheinander und nur Frymann zeigte ein gedrücktes und verdächtiges Aussehen.

Hermine befand sich schon in Maarau in einem befreundeten Hause, da ihr Vater sie für musterhaft geführte Wirtinacht dadurch zu belohnen pflegte, daß er sie allen Fahrten teilnehmen ließ; und schon mehr als einmal hatte sie als ein rollendes Synonym den frühlichen Kreis der Alten geziert. Auch Karl war schon dort; obgleich durch die Mittagspause keine Zeit und keine Gelder genugsam in Anspruch genommen worden, so war er doch auf Hermine's Aufforderung zu Fuß hinarbeitet und hatte merkwürdigerweise ganz in ihrer Nähe ein Quartier gefunden; denn sie mußten ihrer Angelegenheit obliegen und man konnte nicht wissen, ob das Fest nicht gänzlich zu benutzen wäre. Gelegenheit wollte er auch ziehen und führte nach seinen Mitteln fünfundsiebenzig Schüsse bei sich; die wollte er verwenden und nicht mehr noch weniger.

(Fortsetzung folgt.)

Hatten die „Seefahrer“. Wer sich zu einer Tour in See entschließen hatte, der war Zieher des großen Loses. Solche Tage auf dem Wasser sind selten. Da darf die Sonne so toll wie möglich brennen, das ruhig dahingleitende Schiff verschafft trotzdem den ständigen Luftzug. Unsere köstliche Vergnügungsflotte war gestern und frühlichen Gästen voll beladen. Der moderne Dampfer „Grille“ des Norddeutschen Lloyd war voll besetzt und auch der „Kosmos“ auf „Möve“ und „Gehmar“ war so gewaltig, daß kein Plätzchen freibleibte. Die Eß- und Trinkvorräte auf „Grille“ waren, wie uns mitgeteilt wird, schon zur Vesperzeit erschöpft. Ein Hauptwanderungsziel bildete das wiedererstandene Wolkefest auf dem Burgfelde. Man drängte sich wie zu alten Zeiten nur schwerfällig vorwärts, haute sich an den Karussells und Schaubuden und begaßte als angehende Großtöchter die Attraktionen und „Weltwunder“, als hätte man nie die Ringmauern der Stadt überschritten. Aber was gab es da auch nicht alles zu bestaunen? Panorama, Menagerie, Ringtänzer, Wunderbuben, Kunstglasbläser, sowie Duzende anderer Dinge. Die Marktscheine wütheten an der Börse aus Angst vor großer Baillie nicht eiliger losgeschlagen werden, als wie sie von einzelnen dort angeboten wurden. Die „Aha“-menschen haben wieder einmal etwas Neues ausdacht. An Stelle von Schokolade werden jetzt meistens praktische Haushaltungsgegenstände oder auch Wurst ausgeliefert. Glückliche Gewinner und deren Korona verzehren sehr oft die Gabe Fortunas an Ort und Stelle. Die Lotteriegelosigkeit ist sehr ausgiebig vertreten. Aufgebaut auf dem Festplatz sind verschiedene große Bier- und Erfrischungsgelände. Von der Gelegenheit, den Staub durch ein Glas Cöles oder ein alkoholfreies Erfrischungsmittel hinunterzuspülen, wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Alles ging aber recht lustig zu, und die Lübecker waren zufrieden, den „verlorenen Traum vom Glück“ wieder einmal in Wirklichkeit erlebt zu haben.

Was der Finder von Geld und sonstigen Sachen am Findexlohn zu beanspruchen hat. Der gesetzliche Findexlohn beträgt bei Gegenständen im Werte bis zu 300 Mark 5 v. H., über 300 Mark 1 v. H. Bei Tieren beträgt der Findexlohn ohne Rücksicht auf den Wert 1 v. H. Hat der Finder durch Bekanntmachungen, Fütterungen usw. Ausgaben gehabt, so muß der Eigentümer diese besonders ersuchen.

Gefangenener Segler. Der von Lübeck mit Vorkapenerde nach Singsdorf abgefegelte Kieler Dreimastschoner „Heinrich Beckmann“, Kap. Rasperfen, ist bei Gotland gesunken. Die Besatzung ist gerettet.

pb. Du sollst nicht falsches Zeugnis geben. In dem dringenden Verdacht, seine Haushälterin zu einem wissenschaftlichen Falschschreib verleiht zu haben, wurde ein hier wohnhafter Händler aus Sagau festgenommen. Die Haushälterin, die in dem dringenden Verdacht steht, den Falschschreib geleistet zu haben, wurde ebenfalls festgenommen.

pb. Festgenommen wurde ein Buchhalter aus Schwabm, der seinem in Berlin wohnhaften Arbeitgeber größere Geldbeträge unterschlagen hatte und ein 45jähriger Arbeiter aus Briel, der sich eines Verbrechens gegen § 176 des R.St.G.B. schuldig gemacht hatte.

pb. Ein schlechter Freund. Festgenommen wurde ein Klemmergeselle aus Kiel, der mit einem Freunde von auswärts hier zugereist war, mit diesem das Gepäck am Bahnhof abgab und dann eine Bierreise unternahm. Später wurde der Freund „verfehrt“ und das Gepäck abgehoben. Kurz nach der Tat wurde der Klemmergeselle verhaftet.

pb. Ermittelt wurde ein in der Logenstraße wohnhafter Arbeitsburche, der auf dem Burgfelde ein Fahrrad gestohlen hatte.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. 54 Millionen für die Erweiterung des Hamburger Hafens. Anfang 1910 hatten der Hamburger Senat und die Bürgererschaft für die Erweiterung des Hamburger Hafens 45 000 000 Mark zur Verfügung gestellt. Infolge der besonders durch den Krieg und seine Nachwirkungen bedingten Steigerung aller Löhne und Baustoffpreise ist es aber nicht möglich, mit diesem Betrag die genehmigten Arbeiten auszuführen. Der Hamburger Senat fordert deshalb bei der Bürgererschaft eine Summe von rund 54 Millionen Mark an, die im Anleihewege aufgebracht werden soll.

Hamburg. Ein Parteiveteran gestorben. Wieder hat der Tod einen der Treuesten von uns genommen. Diesmal einen der Alten, die der Arbeiterbewegung ein Menschenalter hindurch gedient haben. Georg Blume. Nach vor wenigen Tagen sah man den rüstigen, 72 Jahre zählenden Greis im Bürgergeschloß des Rathauses als Schriftführer seines Amtes wälten. In jüngeren Jahren hat Bl. hauptsächlich seiner Berufsorganisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, gedient, dessen Mitbegründer er war. Am 1. August 1849 in Hildesheim geboren, wo er das Tischlerhandwerk erlernte, kam Georg Blume auf der

Wandererschaft 1869 nach Hamburg und wurde hier während der schweren Jahre des Sozialistengesetzes ein immer zu Rat und Tat bereiter Mitstreiter der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Seit 1881 Vorsitzender der Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler, nach Auer's Tod Firmeninhaber der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt, seit Aufhebung des Sozialistengesetzes Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei. 1904 wurde er in die Bürgerschaft gewählt.

Altona. Ein gemeindefremder Räuber. In dem im Hause Moorwiete 3 betriebenen Zigarrengeschäft der 55jährigen Frau Bosh erschien am Freitag der in Hamburg wohnende 50jährige Arbeiter Schröder und bestellte 2 Kisten Zigarren, wobei er nach dem Mann der Inhaberin fragte. Als diese erklärte, daß er nicht anwesend sei, hieß er sofort mit einem sogenannten Toßschläger auf die Frau ein, so daß diese besinnungslos am Boden liegen blieb. Als dann der 30jährige Sohn Peter Bosh den Laden betrat, streifte der Schröder auch ihn zu Boden, so daß er ebenfalls die Bestimmung verlor. Kurz darauf erschien der Arbeiter Tolett im Laden, um Einkäufe zu machen. Als Schröder diesen erbllickte, verfehle er ihm gleichfalls mehrere Schläge und verletzete ihn schwer am linken Auge. Hierauf ergriff Schröder die Flucht, verfolgt von Passanten, die Tolett auf den Ueberfall aufmerksam gemacht hatte. Schröder flüchtete in eine Gastwirtschaft, wo er festgenommen und den Polizeibeamten übergeben werden konnte. Beim Transport griff Schröder zur Waffe. Di. für erregte Menge wollte an Schröder Lynchjustiz üben, so daß die Beamten große Mühe hatten, den Schröder zu schützen. Der Räuber ist im Jahre 1900 vom Schwurgericht wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Im Jahre 1919 wurde er unter Bewährungsfrist bis 1928 aus dem Zuchthaus entlassen.

Altona. Ein Schieberklebblatt. Wege: Verschönerung von Hoozesgut standen der Student Rörchner, der Oberinspektorstabsarzt Butt, Hauptmann a. D., dessen Ehefrau, der Kaufmann Krampe aus Bergedorf und der Kaufmann Albert aus Bremen vor der Strafkammer. L. B. und R. waren Angeklagte der Indendantur. Die Angeklagten haben 1500 Entlassungsscheine, 2200 Mäntel und 1400 Stiefel, Wäsche verschoben und an den Kaufmann Rosenbaum in Hamburg verkauft. Dieser kaufte von L. die ganze Sendung für 100 000 Mark, zahlte 45 000 Mark, den Rest wollte er später zahlen, wenn der Freigabeschein der Indendantur gekommen wäre. Das Geld teilten sich dann die Angeklagten. B. erhielt 15 000 Mark, L. und R. jeder 10 000 Mark und A. 5000 Mark und außerdem 5000 Mark für Ausgaben. Da L. damit nicht zufrieden war, gab man ihm eine größere Summe. Die Sendung wurde rechtmäßig beschlagnahmt. Hiergegen legte Rosenbaum Protest ein. Nun kam die ganze Sache an den Laa. Das Urteil lautet gegen L. 1 Jahr Gefängnis, B. 2 Jahre Gefängnis, R. 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und A. 1 Jahr Gefängnis. Frau B. wurde freigesprochen.

Krosta. Der neue Kriegsschaulag der Rostocher. Nachdem in Oberkrosta für die Rostocher durch das Verbot der Entente kein Tätigkeitsfeld mehr blieb, mußten sie ardemeltig Unterfundt suchen. In dem freien M e l e n b u r g war ja schon früher diesen Freischärlern Gastrecht gewährt, für das sie bekanntlich nach ihrer Landbesichtsmanner sich ja auf Insel Boel bedankt haben. Darum auch wohl der Wunsch, nach hier zurückzukommen. Dieser Tage kam ein Trupp von etwa 40-50 Mann mit dem Berliner Juag in Neubrandenburg an und hielt dort den Hamburger Zug, Richtung Mecklenburg-Schwerin. Diese Gelben konnten sich gar nicht genug tun, von ihren Erlebnissen zu erzählen und fanden, wie es ja immer der Fall ist, bei einigen Reisenden ein williges Gehör. Ihr Hohn über die Waffenermission konnte keine Grenzen. Immer wieder wurde von ihnen erklärt: „Wir wären doch schlechte Soldaten, wenn wir die Waffen abgeben müßten!“ In Gültrom teilte sich der Trupp. Die meisten unter Führung eines Feldwebels besiegten den Rostocher Zug, sieben führten nach G o r n i o r f b e i W i s m a r. Diese verabschiedeten sich von ihrem Führer mit einem: „Auf Wiedersehen. Der Feldwebel“, der sie mit den Worten entließ: „Machen Sie Ihre Sache gut; in vielleicht acht Tagen holen wir Sie alle nach.“ — Ist das neue Kampffeld schon in Sichtweite.

Lüneburg. 4½ Millionen zur Vinderung der Wohnungsknot. In der Sitzung der Bürgerversammlung wurde das große Millionenprojekt des Magistrats zur Vinderung der Wohnungsknot einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die Bürgerversammlung stimmten dem Plane unter der Voraussetzung zu, daß der Staat, bezw. die einzelnen Ministerien sich verpflichten, Baukostenzuschüsse zu leisten. — Der K a l t b e r g. Lüneburgs Verhimmelung soll in andere Verwaltung übergehen. Nun hat die Strafanstaltsinspektion erklärt, daß der Kaltberg für den Fall, daß er in ihre Verwaltung überginge, der Öffentlichkeit erhalten bleiben sollte. Die Strafanstalt würde nur auf dem südlichen Teile des teilweise abgedauten Geländes Beamtenwohnungen errichten. Der Berg selbst würde aber wie früher dem freien Verkehr offen stehen.

Wilhelms II. Frau in den Revolutionsstagen 1918.

Eine charakteristische Episode aus den ersten Tagen der Revolution bietet ein Brief Hans Baasches, der bekanntlich vor Jahrestag „auf der Flucht“ erschossen wurde. Der Brief war an einen englischen Freund gerichtet und gelangte nunmehr in der „Roten Fahne“ zum Abdruck.

Es ist an der Zeit, die Legende zu zerbrechen, daß im November 1918 die Kaiserin aus ihrem Potsdamer Palais von brutalen Revolutionären vertrieben worden sei. Der Vorgang, auf dem dies ruhende Märchen beruht, war folgender:

Mitte November hatte ich mich der Ex-Kaiserin ein Zusammenreffen, das ausgenutzt worden ist, um sie als gekörnte Märtylerin hinzustellen. Um jene Zeit gab ich mir (als Mitglied des Volksrats des Arbeiter- und Soldatenrats) Mühe, Dokumente in Sicherheit zu bringen, an deren Vernichtung die bisherigen Machthaber — und leider auch andere — ein Interesse hatten. Dieser Auftrag brachte mich in die Potsdamer Villa, wo die Ex-Kaiserin damals mit ihrem Sohne Eitel Friedrich wohnte. Der letztere fragte mich, ob ich auch seine Mutter zu sprechen wünschte. Da mir nichts daran lag, die Frau zu hören, lehnte ich ab. Nichtsdestoweniger verließ der Prinz den Raum und erschien einige Minuten später mit seiner Mutter. Sie war in Straßenkleidung. Mir wurde gesagt, Herr Hinge (der kurz vor der Revolution“ entlassene Staatssekretär der Reichsmarine) warde aus sie, und daß auch Herr Heydenbach eben angefundigt sei. Zu meiner Ueberzeugung nahm die Kaiserin eine herausfordernde Haltung an und sagte zu mir in gereiztem Tone: „Was wollen Sie von mir? Ich möchte mit gleich, ich möchte belästigt werden.“ Darauf antwortete ich: „Sie können sich nicht richtig verhalten, unter welchen Umständen ich hier bin. Ich bin ein Vertreter des Volkes, das seinen Leiden ein Ende gemacht hat, und dem wohl schwerlich ein Wort zu sagen gemacht werden kann, wenn es dabei Sie irgendwie einmischen würde.“

Wit Sie“ angedredet zu werden, traf die empörte Frau so sehr, daß sie folgendes wörtlich sagte: „Und ich bin — ich war — die Kaiserin.“ Der Moment war geschichtlich von Interesse. Ich konnte die Anrede „Kaiserin“ gewiß nicht gebrauchen, ohne die Opfer des Volkes herabzumündigen, und „Gnädige Frau“ wollte mir auch nicht über die Lippen.

In jener zufälligen Anrede war natürlich nicht die geringste Absicht zu beleidigen. Aber angesichts der Leiden, die die Hohenzollernsche Arroganz und Leichtfertigkeit über die Menschen ge-

Bremen. Wie sich die Unternehmer die Ueberbrückung der Gegensätze denken. Das Unternehmertum arbeitet wieder nach altem Muster. Der Revolutionssturm ist längst vorüber, sie sind ja sehr gut dabei weggekommen. Sie halten die Zeit für gekommen, Arbeiter, die streiken, auf die Ueberbrückung zu bringen. Allen voran geht der Fabrikbetriebsverein e. B. und der Verein Bremer Holzhandwerker. Sie verschicken eine gedruckte Liste mit 297 namentlich aufgeführten Arbeitern, die streiken, mit dem Ersuchen an die Arbeitgeber, die Streikenden nicht einzustellen. Sollte man solche Frechheit überhaupt für möglich halten? Unser Bremer Arbeiterblatt fährt noch eine ganze Reihe von Textstreifen auf, in denen die Unternehmer den Herrenstandpunkt hervorheben. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter in ihrer Gesamtheit erkennen, daß nur eine reifliche Organisierung in den freien Gewerkschaften ihnen die Macht gibt, solche Anschläge auf die Freizügigkeit zu verhindern.

Gewerkschaften.

Die Schlichtungsordnung.

Von Paul Umbreit.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat den Entwurf der Schlichtungsordnung in einer dreitägigen Beratung zustimmend verabschiedet. Der Entwurf ist auf drei Grundzügen aufgebaut: erstens auf der Priorität des tariflich-paktualistischen Schlichtungswesens gegenüber den öffentlichen Schlichtungseinrichtungen, zweitens auf dem Grundsatze, daß jedem Arbeitskampf ein Einigungsverfahren und nöthigenfalls ein Schiedsgericht vorangehen muß, und drittens, daß in gewissen Fällen, wo allgemeine Interessen der Volkswirtschaft es erfordern, ein Schiedsgericht als verbindlich erklärt werden kann.

Den ersten Grundsatze der Priorität der tariflichen Schlichtungseinrichtungen vor den öffentlichen Schlichtungsstellen haben die Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften in den vorausgegangenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zum Siege geführt und damit dem Entwurf sein eigentliches Gepräge verliehen. Diese Vorrangstellung der vereinbarten Schlichtungseinrichtungen kommt nicht nur äußerlich im Gesetzentwurf zum Ausdruck, in welchem dieses an erster Stelle behandelt wird, sondern auch der ganze Aufbau des Schlichtungswesens wird davon beherrscht und selbst auf das Verfahren wird diese grundsätzliche Behandlung in weitestem Maße zurückgeführt. Vereinbarte Schlichtungsstellen gehen den öffentlichen Schlichtungsstellen vor, heißt es im § 56 des Entwurfs, welchen Satz der Sozialpolitische Ausschuss des RWK in den § 1 übernahm, um ihn damit an die Spitze des Entwurfs zu stellen. Die vereinbarten Schlichtungsstellen sollen die Regel sein, und die öffentlichen Schlichtungsstellen sollen nur ergänzend hinzutreten, wo erstere nicht bestehen oder wo sie versagen, und selbst im Versagensfälle soll die Schlichtungsbehörde die zuständige vereinbarte Schlichtungsstelle erst nochmals auffordern, die Schlichtung eines Streitfalles in die Hand zu nehmen, ehe sie selbst für zuständig erklärt. Die Tarifparteien läßt der Entwurf völlig freie Hand in der Ausgestaltung ihrer Schlichtungseinrichtungen; nur wo über bestimmte Punkte Vereinbarungen fehlen oder wo es zwischen den Parteien nicht zu einer Vereinbarung kommt, treten die Vorschriften der Schlichtungsordnung ergänzend hinzu.

Die behördlichen Schlichtungseinrichtungen teilen sich in Einigungsämter, Landeseinigungsämter und das Reichseinigungsamt. Bei den Einigungs- und Landeseinigungsämtern ist eine weitgehende sachliche Gliederung vorgesehen, bei den Landeseinigungsämtern und dem Reichseinigungsamt die Möglichkeit der Revision durch besondere Kammern bzw. Senate zugelassen. Die Vorstehen werden von den Landeszentralbehörden auf Grund von Vorschlagslisten der Bezirkswirtschaftsräte bestellt, und solange solche nicht bestehen, nach Wissen der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nach dem Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses sollen die Landeszentralbehörden stets die jeweiligen Sozialbehörden sein und an die Vorschlagslisten bei der Auswahl gebunden sein. Die Vorstehen haben zunächst nur die geschäftliche Leitung des Einigungs- bzw. Landeseinigungsamts, da die Beisitzer beschließen können, ob sie mit oder ohne unparteiischen Vorstehenden verhandeln wollen. Auch wenn die ständige Zustellung des unparteiischen Vorstehenden bei den Verhandlungen beschloffen wurde, kann auf Wunsch der Parteien im Einzelfalle ohne solchen verhandelt werden. Die Beisitzer bei den Einigungsämtern und Landeseinigungsämtern werden vom zuständigen Bezirkswirtschaftsrat gewählt, im Ermangelungsfalle nach Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen bestellt, die des Reichseinigungsamts vom Reichswirtschaftsrat gewählt. Den Minderheitsparteien ist ein weitgehendes Ablehnungsrecht in bezug auf die Auswahl der Beisitzer für eine Verhandlung gesichert.

bracht habe, erschien es mir nicht sehr wichtig, ob die Form meiner Anrede gefiel oder nicht.

Da sie mich ermüdet auszusehen schien, fragte ich sie, ob sie sich nicht jetzt wolle, um' deutete auf den einzigen Stuhl, der neben uns stand. Als sie ablehnte, hatte ich den Eindruck, als hätte mein zugemeintem Vorschlag irgendein Mißgehe zertreten können. Es gibt zweifellos ein Bild, auf welchem Königin Luise in einer ähnlichen Situation stehend dargestellt ist.

Die Kaiserin sah mich starr an, als ich ihr sagte, wer ich sei und erwähnte, daß ich während des Krieges meinen Dienst als Offizier verweigert hätte, nachdem ich mich überzeugt hätte, daß die deutsche Regierung den Kriegsausbruch veranlaßt und einem Friedensschluß im Wege gestanden hätte. Ich fügte hinzu, ich hätte viele Monate für die Sache des Friedens im Gefängnis zugebracht. Es war augenscheinlich unangenehm für sie, daß irgendjemand solche Dinge etwa in demselben Tone zu ihr sprach, wie früher die Leute sich bei ihr mit einer neuen Ordensauszeichnung zu melden pflegten. Zweifellos war sie auf schreckliche Dinge gewöhnt, als der erste und einzige Revolutionär in der Anrede. Ich bemerkte das in ihrem ganzen Verhalten und verließ ihre Befürchtungen zu beschwichtigen, indem ich etwas sagte von einem neuen und besseren System, von Menschlichkeit und Liebe. Sie antwortete halb mit einer Art von Verzerrung: „Das System ist Gott.“

Sie gab mir die Auskünfte (über die Papiere), die ich haben wollte, und dann bellagte sie sich ganz unermittel, daß im Berliner Schloß Minderungen stattgefunden hätten. Darauf riet ich ihr, das nicht so laut zu sagen, da es die Erbitterung ihrer Feinde mögliche, die wirklich gelitten hätten. Ihr Mann, sagte ich, hätte den Krieg verhindern und ihn jeden Tag beendigen können. Wie sie selber sehe, hätte niemand auch nur ein einziges Haar auf ihrem Haupte gekräumt. Mit Nachdruck sprach ich den Vorwurf aus: „Dieser Krieg hat Pyramiden von Schädeln aufgerichtet — und Sie betrogen sich, weil in einem Ihrer Paläste der Wächterhaas Ihres Mannes geplündert worden sei.“

Das war dieselbe Kaiserin, welche sich täglich telegraphische Meldungen hatte schicken lassen auf der Suche nach einer Waise, die ein Schußwunde aus dem Wilhelmshöher Schloß mitgenommen hatte, um dieselbe Zeit, wo Langende jahrelang auf ein Lebenszeichen von ihren Liebsten warteten und kein Telegramm für solche „unmilitärischen“ Zwecke verfügbar war. Von der Einbildung, daß die Hohenzollern jemals zu der Einsicht kommen würden, daß das Mittelalter zu Ende sei, heilten mich ihre nachfolgenden Bemerkungen bald genug. Die Kaiserin war tief erschüttert, daß die Soldaten nicht mehr mit einer lo großartigen Sache fortfahren wollten, wie es der Weltkrieg war. Und dann die „Söhnen der

Revolution“ die Gelegenheit veräumt hatten, die Hohenzollern über die Ansichten des deutschen Volkes zu informieren, war es doch ganz gut, daß wenigstens einem Mitgliede des Hauses Hohenzollern gesagt wurde, wie vertrieben die „große Zeit“ ausah für einen prinzipalen Kommandeur und für den gemeinen Mann in den Schlächtergräben. Schließlich sagte sie: „Ich hatte sechs Söhne an der Front.“ Ich riet ihr, keine Vergleiche herauszufordern, denn selbst wenn einer dieser Söhne gefallen wäre, wäre es noch nicht der Ernährer einer Familie gewesen, und was das bedeute, könnte sie sich wohl nicht recht vorstellen. Ihre Aengste seten nicht zu vergleichen gewesen mit dem, was andere Frauen zu tragen hatten.

Die Kaiserin schien sich selbst wehren zu wollen gegen die Notwendigkeit, in das wahre Gesicht des Krieges zu sehen. Als in irgendeinem Zusammenhang der Ausdruck „die Frauen des Vaterlandes“ fiel, schien ihr das die Vorstellung von den „vaterlandslosen Gellen“ ins Gedächtnis zu rufen, jenes Wort, das einst der Kaiser in einer seiner früheren Reden auf die Sozialisten angewandt.

Ich begann: „Was verstehen Sie unter Vaterland?“ — Sie aber unterbrach mich mit dem Ausdruck geringselosen Ecls: „Natürlich, wenn einer kein Vaterland hat —, verlor die Selbstbeherrschung und verschwand durch die Tür. Der Begriff des Vaterlandes hatte offensichtlich eine geradezu gefährliche Gestalt in dem Kopfe dieser Frau angenommen.“

Das also war die fürchterliche Mißhandlung, über welche „junge Damen“ jetzt Tränen vergießen. Weil irgend jemand der Kaiserin gesagt hatte, wie sehr andere Leute unter dem Kriege zu leiden hatten! Unmittelbar darauf reiste sie nach Holland ab.

Alles dies schrieb ich vor etwa einem Jahr nieder, etwa zum Neujahr 1919. Heute geht sehr eigenartige Gerüchte über jenes unglückliche Gespräch um, und die Legende von der mißhandelten Kaiserin wird für Schlässe benutzt. Wie schrecklich es für Wilhelm gewesen wäre, wenn er, anstatt nach Holland zu desertieren, den Mut gehabt hätte, sich nach seinem westpreussischen Gut Cabinen zurückzuziehen. Es ist natürlich klar, daß durch seine grundlose Zurückziehung die Unfähigkeit zu mancher Monarchisten aus Grundlag verschärzte. Seine Frau wurde mit der äußersten Rücksicht behandelt; niemand dachte daran, Liebess mit Uebeln zu vergelten. Sie wurde über die Grenze mit allen ihren Trüben und Köffern geleitet, und vielleicht werden selbst die, die sie durch die Grenze passieren ließen, froh sein, wenn die Familie, die sich so unfähig gezeigt hat, das Leid der anderen zu würdigen, nie wieder zurückkehrt.

Kommt in diesem Teile des Ausbaus und Verfahrens ein großes Maß von Freiheit der Verbände und Parteien zum Ausdruck, so liegt es an anderer Stelle, wo es sich um die allgemeinen Interessen der Volkswirtschaft handelt, ein gewisses Maß von Zwang nicht umgehen. § 55 des Entwurfs verlangt, daß Ausfertigungen und Arbeitsanstellungen nicht stattfinden dürfen, bevor die Schlichtungsinstanz angerufen ist und einen Schiedsspruch gefällt hat. Diese Vorschrift soll dadurch besonders gesichert werden, daß bei Gesamtfreistellungen in gemeinnützigen Betrieben vor Beginn der Aussperrung oder Arbeitsentziehung diese in einer geheimen Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit oder, falls die Sachlage der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen eine größere Mehrheit vorschreibt, mit dieser Mehrheit beschlossen wird, sowie daß seit der Verkündung des Schiedsspruchs mindestens eine Woche vergangen ist. Der Gewerbeaufsichtsbeamte soll berechtigt sein, der Abstimmung zum Zwecke der Überwachung beizuwohnen.

Der spätere Entwurf sah für die Verletzung dieser Vorschriften hohe Geldbußen und Ehrenstrafen vor; der vorliegende Entwurf hat auf solche Strafen verzichtet und sich mit der erzwecklichen Wirkung begnügt, in dem richtigen Gefühl, daß die Schlichtungsordnung weit besser in dem Vertrauen zu dem erzwecklichen Einfluß der Wirtschaftsverbände, als in Polizei- und Gerichtswesen verankert ist und Strafbestimmungen nur aufreizend, aber niemals ausgleichend wirken können. Wenn trotzdem gegen den Gedanken des obligatorischen Einigungsverfahrens in manchen Kreisen noch Bedenken bestehen, so können wir diese nicht teilen. Die Gewerkschaften haben stets den Grundsatz vertreten, daß jeder Arbeitsentziehung eine geordnete Verhandlung vorausgehen soll und erst alle Möglichkeiten friedlicher Beilegung erschöpft sein müssen, ehe zum Mittel des Streiks gegriffen wird. Was der Entwurf fordert, ist also seit langem gewerkschaftliche Praxis.

Der Verzicht des Entwurfs auf Geld- und Ehrenstrafen schließt nicht alle rechtlichen Folgen für Verletzung des § 55 an. Nach wie vor bestehen die Haftpflichtigkeiten die das Bürgerliche Gesetzbuch für ungesetzliche Handlungen vorsieht, weiter.

Einschneidender wirkt der dritte Grundsat des Entwurfs: die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen gegen den Willen einer Partei. Ein Schiedsspruch stellt in der Regel nur einen Schlichtungsvorschlag vor, den jede Partei annehmen, aber auch ablehnen kann. Von diesem Prinzip weicht der Entwurf in seinen §§ 90, 91 und 113 bis 117 ab, insofern er die Möglichkeit zuläßt, einen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, „wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchföhrung zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens unerläßlich ist“. Eine Verbindlichkeitserklärung soll aber in der Regel auf Antrag einer der beteiligten Parteien geschehen, nur bei Gesamtfreistellungen in gemeinnützigen Betrieben steht das Antragsrecht auch den Landeszentralbehörden und dem Reichsminister des Innern zu. Die Entscheidung obliegt bei Schiedssprüchen von Einigungsämtern den Landeseinigungsämtern, bei solchen der letzteren oder des Reichseinigungsamtes dem letzteren.

Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, die nicht verwechselt werden darf mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, ist nicht neu.

Der Entwurf sieht bei den Landeseinigungsämtern und beim Reichseinigungsamt eine Befugnis der entscheidenden Kammern mit 7 Stimmen (3 Arbeitgeber, 3 Arbeitnehmer und der unparteiische Vorsitzende) vor; nur der erweiterte Senat des Reichseinigungsamtes soll in der Befugnis von 9 (4 + 4 + 1) entscheiden. Für die Verbindlichkeitserklärung soll eine Zweidrittelmehrheit genügen. Das würden bei 7 Stimmen 5, bei 9 Stimmen 6 für die Verbindlichkeit sein. Bei dieser Zusammensetzung würde stets ein einzelner Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervertreter neben dem Vorsitzenden den Ausschlag geben und die eine Seite stets überstimmt werden. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichs empfiehlt, die Entscheidungsmehrheit nicht nur eine Zweidrittelmehrheit zu fordern, sondern auch darüber hinaus die Zustimmung mindestens der Hälfte der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Diese Regelung währt jeder beteiligten Partei ein größeres Maß von Koalitionsfreiheit, insofern ihr ein Schiedsspruch nicht gegen den Willen der Mehrheit ihrer Vertreter aufgedrungen werden kann. Aber sie enthält zugleich die dringende Mahnung, sich bei Gesamtfreistellungen nicht auf behördliche Eingriffe zu verlassen, sondern die eigene Organisation so zu stärken, daß sie ihre Forderungen durchzusetzen vermag.

Schließlich sind doch nicht einseitige Verbandsinteressen für eine Verbindlichkeitserklärung maßgebend, sondern die allgemeinen Bedürfnisse des Wirtschaftslebens.

Wahltag des Bergarbeiterverbandes. Bei den Wahlen der Knappheitskassen für den Allgemeinen Knappheitsverein Bochum am 28. Juni hatten die Gegner des Bergarbeiterverbandes alles aufgeboten, um ihm eine Niederlage zu bereiten. Der Verband hat jedoch mit 98 808 Stimmen und 338 Mandaten (gegen 290 im Jahre 1910) wiederum die Mehrheit der Wähler erhalten und daher fallen ihm auch die Vorstandsstellen zu. Der Christliche Gewerksverein brachte es auf 61 264 Stimmen und 123 Mandate, die Polnische Berufsvereinigung auf 8766 Stimmen und 23 Mandate, die Gelsenkirchner Unionisten auf 24 194 Stimmen mit 41 Mandaten und die Syndikalistik erhielten mit 2731 Stimmen 3 Mandate.

Aus aller Welt.

Großer Gemäldebstahl. Alte Gemälde, die einen Kunstwert von etwa 5 Millionen Mark besitzen, wurden vor einiger Zeit aus dem Schlosse Würzburg bei Dessau gestohlen. Es handelte sich um Bilder aus dem 14. Jahrhundert, unter denen besonders einige die Heilige Familie darstellend, besonders wertvoll sind. Der Berliner Kriminalpolizei gelang es, die Bilder wieder herbeizuschaffen und den Verkäufer zu verschaffen. Es ist dies der aus Dessau stammende Kaufmann Müller, der dort eine Antiquitätenhandlung betreibt. Dieser sah sich in Berlin nach Käufern für die Gemälde um. Als solche lehten sich auch die Beamten mit dem Akquisitorenhändler in Verbindung, der in einem Hotel in der Königsrüher Straße unter falschem Namen absteigen war und sich bereit erklärte, die Bilder für 200 000 Mark zu verkaufen. Als er dann die Bilder, die er in Rollen verpackt aufbewahrte, hervorholte, wurden diese beschlagnahmt und er selbst verhaftet.

Doppelselfmord durch elektrischen Strom. In Neustettin ist auf ungewöhnliche Weise ein Liebespaar aus dem Leben geschieden. Es warf einen mit einem Kohlenstift beschwerten Draht über eine elektrische Leitung und wurde vom elektrischen Strom getötet. Der Mann war 23 Jahre, das Mädchen 16 Jahre alt.

Der gute Ton in allen Lebenslagen. Vor dem Volksgericht in Passau fand gestern die Verhandlung über die gewalttätige Sprengung der dortigen Theatervorstellung „Curt Eisner“ statt. Inooslagt war der Leutnant Brand, der am 7. März 1920 in Passau einer geschlossenen Vorstellung für die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins bewohnte. Kaum hatte die Vorstellung begonnen, so setzte auf ein Signal einer Reihe von ohrenbetäubender Lärm ein. Sinnbomben, Sprengkörper, Wirtelenschuß, Rindertrompeten waren die Werkzeuge der Störung, die sich aus Angehörigen der Reichswehr, Studenten und Zeitfreiwilligen zusammensetzten. Der Hauptankläger war der Leutnant Brand. Das Gericht verurteilte Brand zu sechs Monaten Gefängnis.

Niederpreise für Briefmarken. Die große Briefmarkensammlung Ferrazzi, die als die kostbarste der Welt gilt, wird jetzt in Paris versteigert und bei der Verkauftionierung des ersten Teiles wurden Preise erzielt, die die Schätzungen der Sachverständigen weit übertrafen. Den höchsten Preis brachten zwei Exemplare der 2-Cents-Marke von Englisch-Guyana, nämlich 210 000 Francs. Eine blaue Mauritius, 18-2-1858, erzielte 60 000 Francs; eine andere Mauritius 37 000 Francs; ein Exemplar der „81 p. blau auf blau, mit großen Rändern, von Namänien und der Woldau 1858“ wurde für 30 000 Francs fortgegeben. Die Sonderausgabe der Briefmarken von Uruguay, deren Wert auf 40 000 Francs geschätzt worden war, wurde bis auf 111 000 Francs hinaufgetrieben. Der zu erwartende Gesamterlös der Auktion wird von Sachverständigen auf 10 Millionen Francs geschätzt.

Gentleman-Abenteurer gesucht. In den großen Londoner Zeitungen findet der Leser seit einigen Tagen ein Inserat auf Grund dessen Gentleman-Abenteurer, Männer von fähigen Mut und unabhängiger Gesinnung, die nicht zu hoch zur Arbeit sind, gesucht werden. Wie sich herausstellte, sollen sich diese „Gentleman-Abenteurer“ an dem romantischen Geschäft eines Schachsuchens beteiligen. Man will wieder einmal einer der alten Galionen zu

Leibe gehen, die seit Jahrhunderten als Reste des Untergangs der spanischen Armada auf dem Meereshoden an der schottischen Küste liegen. Die Schachsucher, die zugleich Gentleman und Abenteurer sein sollen, werden für neue Arbeiten in der Tobermorg-Ducht gewünscht, wo man seit vielen Jahren immer wieder ver sucht hat, die märchenhafte Schätze zu heben, die die von Philipp II. gegen England ausgerüstete Flotte mitgeführt haben soll. Bisher sind nur einige Münzen der Zeit, ein paar bronzene Kanonen und einige Stücke Silber ans Licht befördert worden.

Theater und Musik.

„Der Traum vom Glück“. Singpiel-Operette in 3 Akten von Martin Knopf. Das Kisteidstok des Hansa-Theaters zeigt seit Sonnabend ein anderes Bild. Man gibt Martin Knopfs neuestes Singpiel, dessen Libretto von Eduard v. b. Welfe herrührt. Sowohl der Komponist, wie auch der Librettist haben sich schon mehrfach in ähnlicher Weise versucht, ohne daß jedoch die beiden Vorhaben bisher der großen Wurf gelungen wäre. Auch das neue Singpiel, zu dem sich beide zusammengesunden haben, wird kaum dazu beitragen, ihren Ruhm zu mehren. In und für sich schreibt Knopf keine schlechte musikalische Handschrift. Sie macht sogar einen recht gefälligen Eindruck. Aber es fehlt ihr die große Linie und der hinreichende Schwung. Hin und wieder darf man in den Melodien sogar alte, liebe Bekannte begrüßen. Und von der Seite ist ihm eine durchaus ebenbürtige Natur. Es ist bei ihm alles schon einmal dagewesen, wenn er auch die Wiedererweizung gewährt hat, um ein bißchen Maskerade zu treiben. Der „Traum vom Glück“ warnt zwei junge Leute: Alwine, das Mündel des Kaufmanns Pfeffer, eines alten Geiztragens, und den Kommissar Frig Lehmann. Denn die falschnormige große Erbschaft, die Frig machen soll, ist nur ein Gaukelspiel, erfunden von ihren Freunden, dem Kolporteur Lerche und seiner Braut Dorch. Immerhin hat der Loh-Erbeich Lerches wenigstens das Gute, daß es damit gelingt, den alten Geizhals Pfeffer zu prellen und den Kommissar von Lehmann, einen großen Tugendbold, als Scheinheiligen und Geizhalsler zu entlarven, so daß schließlich doch noch Alwine und Frig ein allfälliges Paar werden. Für ein gutes Zusammenpiel hatte Werner Böger bestens Sorge getragen. Dafür, daß Knopfs Musik nicht zu kurz kam und auch sonst der Faden zwischen Dorch und Alwine nicht riß, bemühte sich Kapellmeister Dr. J. Harkem nach Kräften. Den alten Geiztrager Pfeffer gab Hermann Norden in äußerst gelungener Weise. Die Leierler als Alwine und Werner Böger (Frig Lehmann) waren ein schmuckes Paar und erfreuten durch ihr munteres Spiel. Mit Raven (Lerche) und Friedel Höfler (Dorch) war in weit ebenso viel Eifer wie Geschick bei der Sache. Roon als Widwiesmann von drohlicher Komik. Auch die librischen Moten waren angemessen besetzt. Die vorkommenden Tänze hatte Anna S. o. l. d. e. gleichsam arrangiert. Verschiedene Kouplets, so u. a. „Es ist schon zu spät“, von Hermann Norden äußerst wirkungsvoll vorgetragen, mußten an jüdisches Verlangen des Publikums wiederholt werden. -o-

Geschäftliches.

Der Besitzer des Aufbacher Bierhauses, Fleischhauerstr. 16, hat im Hinblick auf die Nordische Woche sein Lokal für fremde und für einheimische Besuche zu einem sehenswerten ausgestaltet. Der tüchtige Malermeister Edmund Vogel hat eine Serie von sieben Wandbildern gemalt, auf denen Lübecks bekannte malerischen Ströhen und Gänge dargestellt sind. Die Malereien wirken äußerst reizvoll und bilden eine wirksame Reflekt für die Schönheiten unserer Vaterstadt. Insbesondere abends ler Licht wirken die Malereien sehr stimmungsvoll.

Bei sprödem Barthaar und empfindlicher Haut setzt sich beim Käieren so recht die wohlthuende, haareweichende Wirkung der neuen Rasierseife „Leosira“. Nebenbei geben Sie sich von der Sparsamkeit und praktischen Verwendbarkeit und probieren Sie eine Packung zu Mk. 3.— für monatlichen Gebrauch. Wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife. Eventl. senden wir Ihnen eine Original-Packung direkt gegen Nachnahme oder Voreinsendung von Mk. 3.—. Laboratorium Leosira, Dresden-N. 6. (3940)

Als Verlobte empfehlen sich
Frieda Wittneben
Maria Storm
Rückstr. 10, Juli 1921. (3950)

Gel. z. 15. Juli od. l. Aug.
alleinst. Frau oder älteres
Mädchen für die Küche des
Waienhaujes. (3947)

G. u. bill. Fahr. m. Freil.
480 Mt. **Wahrentmaner 42**
3959) Fahrhandlung.

Prebtorf.
la. Maschinen-Prebtorf
ab Moor Ober-Büssau
per Ztr. 11.— Mark
frei Fahrwerk oder Schiff. (3942)

Sofa m. 4 Stühl. a. verk.
3960) Gloginstr. 25 pt.

Gute alte Geige zu verk.
3956) Waisenhofstr. 11 a.

Möbl. Zimm. z. verm.
3955) Dantwartsgrube 66.

Plath,
Hansastraße 29,
Telephon 3344.

Aus dem Garten Wakenh-
straße 75 ist eine kleine Loko-
motive abhanden gekommen.
Wiederbringer erhält 50 Mt.
Belohnung. (3958)

Adolf Weber,
Magnetopath,
Fähr. 103 I. (3953)
Sprechz. 10—12 u. 4—6.

Colosseum.
Jeden Dienstag und Freitag;
Garten-Konzert
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke** und unter Mitwirkung der Herren **Josef Habbig** und **Moritz Hartmann.**
Voranzeige. Am Freitag, dem 15. d. M.: Einmaliges Auftreten des **Piston-Virtuosen Herrn Willy Hahlböh** von der Stadtkapelle Berlin. Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Colosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.—, Dugendkarten Mk. 20.—, auschl. Steuer. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Anfang 7 1/2 Uhr. (3776)

Nach langem, schwerem Leiden entschlief heute
sanft mein lieber Mann, unser guter Vater,
Schwiegerpater, Groß- und Urgroßpater
Christian Ruge
im 82. Lebensjahre. (3957)
In tiefer Trauer
Caroline Ruge geb. Lentz.
Ernst Ruge u. Frau Johanna geb. Böhle, Kiel,
Willy Ruge, Berlin,
Theodor Ruge u. Frau Martha geb. Ahrens
nebst 4 Enkelkindern und 1 Urenkel.
Lübeck, den 7. Juli 1921.
Fleischhauerstraße 28.
Trauerfeier: Dienstag, den 12. Juli, vor-
mittags 10.30 Uhr Kapelle Burgtor.

**Auszug aus den
wichtigsten
Steuergesetzen**
in Plakatform,
zweifarbig gedruckt,
nach dem Stande
vom 1. April 1921,
Preis Mk. 8.00.
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Ursinar
Büchel,
Mieser, Blüten
verschwinden sehr schnell,
wenn man abends den
Schaum d. Zucker's Patent-
Medizinat-Seife eintröpfelt
löst. Schaum erst morgens
abwaschen u. mit Zucker-
Creme nachföhren. Groß-
artige Wirkung, u. Tausenden
bestätigt. In allen Apothek.,
Drogerien, Parfümerie- u.
Friseurgeschäften erhältlich.
(3945)

**Deutscher
Holzarbeiter-Verbd.**
Verwaltungsstelle Lübeck.
**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag, 12. Juli,
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbands-
tag in Hamburg.
2. Abrechnung vom 2. Quar-
tal 1921.
3. Stellenanahme zum
Reichs-Manteltarif.
4. Verschiedenes.
Die Verwaltungsmitglie-
der werden ersucht, um 6 1/2
Uhr im Bureau zu sein.
3952) Die Ortsverwaltung.

Nur 4 Tage!
Sommer-Ausverkauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen
vom 12. bis 15. Juli

Gummi-Mäntel	la. Qualität	325.—
Loden-Mäntel	für Damen u. Herren	195.— 150.—
Loden-Pelerinen		180.— 150.—
Drell-Sommerjoppen	grau	75.—
Wander-Kittel		65.—
Stutzen		12.— 11.— 10.—
Brotbeutel		9.50 7.50 6.50
Zeitbahnen	neu, grau	82.— 23
Strickjacken	reine Wolle	175.—

Blaue Kinder-Loden-Pelerinen
Gr. 50—75 50.—

Außerdem auf alle an-
erkannt konkurrenzlos bil-
ligen Sommerkatalogpreise

6%

**Sport-
Haus Paul Gasmann**
LUBECK, Mühlenstraße 34.

**Deutscher
Transportarb.-Verb.**
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
der
Hausdiener, Fenster-
putzer u. Reinmache-
rinnen u. Ansträger-
innen
am Dienstag, d. 12. Juli,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Innere Verbandsange-
legenheiten.

Hansa-Theater
Heute Montag
und morgen Dienstag:
8 Uhr. (3961) 8 Uhr.
BCA Singpiel-
Operette
Traum in 3
Akten
von **VOM** 1966
Martin
Knopf. **Glück.**
8 Uhr. Mittwoch: 8 Uhr.
Gastspiel des Deutschen
Konzers **Paul Marion**
als Dirigent der
Schwamperette
Der verjüngte Adolar.

**Alles kommt, alles geht, alles ändert
sich auf dem Burgleide (Vollstein)
im Erfrischungszelt beim Hippodrom.**
Zur febl. Gintehr
3964) ladet herallich ein
Carl Casten.

Nur 4 Tage

Versammlung
der
Kohlenakordarbeiter
am Dienstag, 12. Juli,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarb.-Verb.**
Ortsverwaltung Lübeck.

Der alles überragende

Wir bieten
durch
gewaltige
Preis-
Abschläge



hochwertige
Waren
in
allen Abteilungen
sensationell
billig

Der ständig wachsende Andrang der letzten Tage beweist, daß wir mit dieser großzügigen Veranstaltung wieder einmal das Rechte trafen, und daß unsere Kunden lobend unsere Leistung anerkennen und von Mund zu Mund uns weiter empfehlen.

Beweise unserer enormen Preiswürdigkeit:

140 cm br. Bettuchstoffe 1a. starkfädige Qualität	18 ⁷⁵
Reinleinenes Gläsertücher rot kariert	10 ⁷⁵
Tennisstoffe 80 cm breit weißblau gestreift	10 ⁷⁵
Gabardine ca. 130 cm breit marineblau	49 ⁰⁰
Kostümstoffe ca. 130 cm breit verschiedene Ausführung	38 ⁰⁰
Kleider-Seiden doppelt breit, weiß, schwarz u. farbig	34 ⁵⁰
Damen-Korsette gut sitzende Form mit Languetten	19 ⁷⁵
Damen-Stickerei-Schürzen mit Trägern	13 ⁷⁵
Hausschürzen mit Trägern Wiener Leinen	22 ⁷⁵

Damen-Blusen
Kostüm-Röcke
Unter-Röcke
Im Ausverkauf

Mk. **19**⁵⁰
29.50 39.50 49.50

Damen-Mäntel
und Kostüme
Im Ausverkauf

Mk. **95**⁰⁰
195.00 295.00 395.00

Damenstrümpfe schwarz englisch lang	4 ⁷⁵
Damenstrümpfe schwarz Flor-Ersatz, englisch lang	9 ⁶⁰
Damenstrümpfe schwarz Seidenflor verstärkt	19 ⁶⁰
Herrensocken starke Qualität	4 ⁷⁵
Herren-Unterhosen Trikot, starkes Fabrikat	9 ⁵⁰
Damen-Schlupfhosen in modernen Farben	16 ⁰⁰
Kinder-Hemdosen haltbare Qualität	3 ⁹⁵
Damen-Taschentücher Batist mit Hohlsaum u. gestickter Ecke	3 ⁹⁰
Stickerei-Taschentücher elegante Ausführung	8 ⁷⁵
Hohlsaum-Taschentücher weiß	2 ²⁵

Ein großer Posten
Bilder-Rahmen, verschiedene Formate
Serie I **85**, Serie II **1,25** Serie III **3,25**

Ein Posten Korbmöbel

Einzelstücke eines Musterlagers, Weide und Peddigrohr.
Im Ausverkauf
sensationell billig

Preiswerte Gartenschirme



Lübecker Volksfest 10.-17. Juli 1921

auf dem Burgfelde. Der Festausschuß.

Hausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten
Tagespreisen (3929)
Cohn,
Badenburg, Allee 53, Keller.

Maurergefellen
stellen ein
H. Wandke & Sohn
Seibelplatz 21. (3946)

Wir empfehlen zum Abonnement
Die Neue Zeit
Wochenschrift
der Deutschen Sozialdemokratie
Preis für das Heft Nr. 1.50
Jeder Parteigenosse, der sich um die Ent-
wicklung und Klärung der Partei-
interessen kümmert, sollte auch
Leser der Neuen Zeit sein
Bestellungen werden von der Expedition dieses
Blattes sowie von sämtlichen Postämtern
entgegengenommen

Echte
extra-
starke
(Destillat) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth., Droge-
consg. dir. v. Laboratorium E. Walther, Halle a.S., Trotha 140.

**Konzerthaus
Lübeck.**

Für Sommerfeste sind der
große Garten u. Höhe noch an
einigen Sonn- u. Wochentage
frei.
Tel. 403.
3945) H. Cyriacks.

Stadtheater Lübeck.

Abonnements-Ausgabe.
Die bisher noch nicht ab-
geholtten Abon.-Karten wer-
den am Montag, dem 11.
bis Mittwoch, den 13. 7.
von 9-12 Uhr vorm. an
d. Lokale Kasse Beckergrube
ausgegeben. — Einzahlung
auch auf Bankkonto bei der
Commerzbank. (3949)
Die Direktion.

**Arbeiter-Samariter-
Kolonne.**

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag, 12. Juli,
abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale v. Fr. Lender,
Hundestraße.
Die Tagesordnung wird
in der Versammlung be-
kannt gegeben.
3944) Der Vorstand.

**Mieterclubverein
e. V. :: Lübeck.**

Alle Mieter und Woh-
nunglose werden erucht,
zu der
Bezirks-Versammlung
am Dienstag, 12. Juli,
abends 8 Uhr
im **Weißer Engel**,
Rageburger Allee,
zu erscheinen.
Wichtige Tagesordnung.
Aufnahmen vor der Ver-
sammlung.
3908) Der Vorstand.